

Eine Klarstellung.

In ihrer Abendausgabe vom 11. d. M. — Nr. 450 — bringt die „Deutsche Tageszeitung“ unter der Ueberschrift „Der Rächige des Herrn Otto Braun“ einen gegen den Landwirtschaftsminister Braun gerichteten Artikel, der wegen seiner tendenziösen Entstellung der Tatsachen nicht unwiderprochen bleiben darf.

Die Behauptung, daß der im Artikel in Rede stehende Angestellte des Forteinrichtungsbureaus Z. (nicht J.) von der Anstellungskommission in Posen wegen sozialdemokratischer Betätigung zum Ausscheiden aus dieser Behörde veranlaßt worden sei, ist unzutreffend. Der — übrigens schon im Jahre 1910 erfolgte — Austritt des Genannten war in seiner außerdienstlichen Führung begründet, die jedoch mit sozialdemokratischer Betätigung nichts zu tun hatte. Bei der Veretzung des Z. um Beschäftigung im Landwirtschaftsministerium Ende November 1918 war dieser Entlassungsgrund im Ministerium nicht bekannt. Nachforschungen bei der früheren Beschäftigungsbehörde anzustellen, war bei den durch den Polenaufstand in Polen geschaffenen Verhältnissen mit der bekannten wiederholten Vorsicht unzulässig. Sowie es ist zu berücksichtigen, daß zwischen der damaligen Entlassung und der jetzigen Veretzung mehr als acht Jahre lagen, von denen Z. längere Zeit im Heeresdienste mit guter Führung zugebracht hatte. — Die weitere Behauptung des Artikelverfassers, daß der Minister Braun die sofortige „Anstellung“ des Z. angeordnet habe, ist ebenfalls unrichtig. Z. ist ohne Zutun des Ministers Ende November d. J. zur vorübergehenden Beschäftigung im Forteinrichtungsbureau gegen Tageslohn angenommen und erst nach Brauns von fast drei Monaten in ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis unter ausdrücklichem Ausschluss jeder Anwartschaft oder Aussicht auf planmäßige Anstellung übergeführt worden. Damit ist auch die Behauptung, für den Genannten sei eine besondere Stelle geschaffen worden, widerlegt. Wenn er eine um 25 bis 35 % höhere Monatsvergütung als seine Arbeitsgenossen bezog, so beruht das darauf, daß er im Gegensatz zu diesen die Prüfung als Verwaltungsaufseher abgelegt hat. Uebrigens erhält auch ein anderer angestellter des Forteinrichtungsbureaus, der ebenfalls mit verfassungstechnischen Arbeiten betraut ist, diese höhere Vergütung. Auch die Behauptung, daß der Minister einem Gesuche des Z. um Anstellung als Staatsbeamter Folge gegeben haben würde, wenn nicht der Angestelltenauschutz wegen eines von Z. begangenen Diebstahls dagegen vorgeht gewesen wäre, widerspricht den Tatsachen. Das Anstellungsverfahren war vom Minister bereits am 28. August abgelehnt, während die Diebstahlsangelegenheit erst am 3. September bekannt geworden ist. Auch diese ist insofern unrichtig dargestellt, als der Diebstahl nicht ein Arbeitsanlass, sondern eine außerhalb der Behörde stehende Person und der Diebstahl nicht, wie man beim Lesen des Artikels annehmen könnte, in den Büroräumen ausgeführt worden ist. Nach Klarstellung der Sachlage ist Z. am 8. September aus seiner Stellung entlassen worden.

Der objektive Beurteiler des Falles wird also zugeben müssen, daß der angebliche Schützling des Ministers Braun durchaus keine schonende Behandlung erfahren hat.

02406 1 0002-000

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 151

Otto Braun.

Diese Würdigung des früheren preussischen Ministerpräsidenten stammt von einer Persönlichkeit, die lange Zeit Gelegenheit hatte, seine Tätigkeit in der Nähe zu beobachten. Red.

Jetzt, da Otto Braun von seinem Amte als preussischer Ministerpräsident zurückgetreten ist und eine sechs Jahre hindurch geübte verantwortungsschwere Staatsstätigkeit mit dem Wirken des Parlamentariers vertauscht, ist es angebracht, einiges über diesen Mann zu sagen, der nicht nur zu den wenigen wirklich bedeutenden Köpfen der deutschen Sozialdemokratie zählt, sondern auch weit über den Rahmen des Parteimässigen hinaus als Politiker und Staatsmann von Rang an dem Wiederaufbau Deutschland gearbeitet hat.

Man hört es vielfach in den politischen Zirkeln der verschiedenen Parteien sagen: „Hätte die Sozialdemokratie im Reich zwei Männer wie Braun und Severing zur Verfügung gehabt, so wären die Dinge doch vielfach anders gelaufen und die Sozialdemokraten wären nicht wie heute, trotz ihrer ziffernmässigen Stärke in die zweite Linie gedrückt worden“. Es läßt sich nicht leugnen: Weder der fleißige Robert Schmidt, noch der feinsinnige und weiche Radbruch oder der idealistische und durch und durch vornehme Rheinländer Solmann und andere mehr waren im Stande, eine der Zusammenarbeit von Braun und Severing irgendwie gleichartige Leistung den Ministern der andern Parteien gegenüberzustellen. Gewiß, auch Braun hat erst noch Entwürfungen durchgemacht; er war als Volksbeauftragter 1918 und auch noch vielleicht eine zeitlang als Landwirtschaftsminister nach auswärts mit den Geschäften des Reichspolitikers befaßt, hatte noch nicht den weiten Blick und die oft nötige kühle Objektivität des voraussehenden Staatsmannes. Aber überraschend schnell hat er sich den Anforderungen angepaßt, die ein mit ständig wachsenden Schwierigkeiten verbundenes Amt an ihn stellte. War er im Kabinett Hirsch, in dem er als Landwirtschaftsminister arbeitete, oft noch der temperamentvolle Streiter, der Zwischenfälle veranlaßte und — oft auch in sich selbst isolierender Auflehnung gegen Fraktionsgenossen im Kabinett — unbeherrscht seiner Verstimmung die Zügel schiefen ließ, so hat er 1921 bis 1924 als Leiter des Kabinetts der Großen Koalition ein staatsmännisches Geschick und eine Fähigkeit bewiesen, den Ausgleich unter den oft genug weit auseinander strebenden Forderungen der Koalitionsparteien zu bewirken, wie sie besser kein gewiefter Diplomat auch der ausgezeichnetsten

alten Schule hätte beweisen können. Man kann es ruhig sagen, daß es unter den Politikern von Rang, die heute an sichtbarer Stelle stehen, nur äußerst wenige geben wird, die gleich ihm diese dreieinviertel Jahre der Koalitionspolitik dreier republikanischen Parteien — die untereinander wieder in kulturpolitischen, wirtschaftlichen und rein politischen Fragen schon so vieles trennte — mit der stets schwankenden bedenkenvoll noch rechts blickenden, höchstens vernunftrepublikanischen Deutschen Volkspartei ermöglicht und durchgehalten hätten. Und wenn gerade von führender volksparteilicher Seite noch in den Hauptausflußverhandlungen des Herbstes 1924 ausdrücklich erklärt wurde, daß, wenn in den Novemberstürmen 1923 das Reichsgebäude nicht in einer gewaltigen Explosion in die Luft geflogen sei, das vor allem der Stetigkeit und Zielbewußtheit der preussischen Politik zu verdanken gewesen sei, so liegt darin für Braun, der seine hohe Schule der Diplomatie absolviert, seine theoretischen staatsrechtlichen Studien hatte treiben können, die nachdrücklichste Würdigung des Wertes der letzten und ereignisreichsten Jahre seines Lebens, die Anerkennung aber auch seiner nicht gewöhnlichen Klugheit und zähen Energie.

Man hat Otto Braun oft mehr als energisch, hat ihn brutal genannt. Und in der Tat, dieser Mann, dem der Krieg seinen einzigen Sohn geraubt hat und der seitdem wohl noch etwas verschlossener und äußerlich kälter geworden war, als es ohnehin seiner ruhigen und zurückhaltenden ostpreussischen Art entsprach, konnte oft, wenn er etwas durchsetzen wollte, eine Zielbewußtheit und Hartnäckigkeit an den Tag legen, die des brutalen Anstrichs nicht entbehrte. Aber es war doch stets eine brutale Energie, die dadurch erträglicher wurde und versöhnlich wirkte, daß sie stets nur einer Sache, einer Idee diente und außerdem niemals den bei Otto Braun alles beherrschenden Intellekt auszuschalten vermochte. Otto Braun diente seinen Ideen mit einer Energie, von der man nur sagen kann, daß, hätten alle republikanischen Politiker und Minister etwas davon gehabt, wir heute um die Republik nicht in Sorge zu sein brauchten. Er kämpfte für den republikanischen Gedanken und für soziale Gerechtigkeit. Aus den Jahrzehnten seines Kampfes in der agrarpolitischen Bewegung, als Vorkämpfer insbesondere der Forderung der Landarbeiterbefreiung, brachte dieser Ostpreuße, der stimmungsgemäß seelisch sehr fest im Boden seiner Heimat wurzelt — trotz der vielen Jahre, die er im politischen Kampfe auch im Rheinland verbrachte, ein starkes Kampfgeflüst gegen das durch und durch unsziale ostelbische Großagrariertum mit. Sein heftiger Streit gegen den Reichslandbund, der im

Wenden

Landwirtschaftsminister Braun mit sicherem Instinkt den gefährlichen Feind und Sachkenner erkannte, sein scharfes unerschrockenes Auftreten gegen den Ansturm der Reaktion auf allen Gebieten zeigten, daß dieser Mann nicht, wie so manche andere, in der Zeit seiner Ministerpraxis das vergessen oder gar verleugnet hatte, was ihm vordem Leitstern seines Lebens war. Der große Erfolg der Landarbeiterbefreiung ist denn auch das Werk dieses Mannes gewesen. Schon in Weimar hat er den Deutschnationalen zugerufen, daß er, der nicht wie die königlichen preussischen Landwirtschaftsminister nach der Pfeife der Großagrarier tanzen wolle (und den sie deshalb den „Minister gegen die Landwirtschaft“ nannten), stolz darauf sei, von ihnen gehaßt, aber dafür der Vertrauensmann der Millionen bis dahin getriebener Landarbeiter zu sein.

Otto Braun, den zu seinem ersten Amte als Landwirtschaftsminister neben den Kenntnissen, die er sich in jahrzehntelanger Tätigkeit als Agrarreferent seiner Partei erworben hatte, nicht zuletzt auch seine starke und tiefe verständnisvolle Liebe zum deutschen Volke und zur Natur überhaupt geeignet machte — Otto Braun war auch später als Ministerpräsident nicht nur der kluge Politiker und zähe Verteidiger und Ausbauer der republikanischen Position, der oft genug auch in kritischen Momenten die Reichspolitik entscheidend im republikanischen und demokratischen Sinne beeinflusst hat. Er wußte auch den Staat zu repräsentieren. Ein trotzdem nie in Selbstüberhebung ausartendes Selbstbewußtsein, eine körperlich imponierende Erscheinung, die Kunst, Distanz zu halten, und seine persönliche Untadeligkeit, an die auch in dieser verleumdungsreichen Zeit kein Schmutzsprückerchen herankam — all das stempelte ihn zum wirklichen Regierungschef, der nicht gezwungen oder künstlich, sondern mit zielbewusster Selbstverständlichkeit auftrat und Respekt erzwang.

Otto Braun ist nun zunächst in den Hintergrund getreten. Sein kongenialer und treuer Arbeitskollege Severing hat das für den schwer Ueberarbeiteten harte Opfer gebracht, zu bleiben. Darüber aber dürfte in den republikanischen Parteien kaum ein Zweifel bestehen, daß die deutsche Republik sich den Dugus nicht lange gestatten kann, einen Mann wie Braun in die relative Enge der Fraktionspolitik, in die vorwiegend kritische oder oppositionelle Arbeit zu verweisen. Braun, der durchaus konstruktive politische Kopf, der kluge, bedachte und charaktervolle Mann, ebenso wie Severing einer der besten Repräsentanten der geistigen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft und ein Beweis für die in ihr schlummernden Möglichkeiten, muß bald wieder synthetische Arbeit an verantwortlichen Staatssachen leisten können.

0 2 4 0 6 - 0003 - 0 0 0

Hamburger Echo

Nr. 72.

Otto Braun.

Die Frankfurter Zeitung brachte in ihrer Ausgabe vom 26. Februar, also vor dem Tode des Reichspräsidenten Ebert, die nachstehende Würdigung des Mannes, der jetzt Nachfolger Eberts in der Präsidentschaft werden soll. Wir glauben, keine bessere Empfehlung des sozialdemokratischen Kandidaten bringen zu können, als diese Anerkennung seiner Tätigkeit. Verfasser des Artikels ist ein bürgerlicher Demokrat, der Gelegenheit gehabt hat, den früheren preussischen Ministerpräsidenten in seiner Amtsführung zu beobachten. A. d.

Man hört es vielfach in den politischen Zirkeln der verschiedensten Parteien sagen: „Hätte die Sozialdemokratie im Reiche zwei Männer wie Braun und Severing zur Verfügung gehabt, so wären die Dinge doch vielfach anders gelaufen und die Sozialdemokraten wären nicht wie heute, trotz ihrer ziffernmäßigen Stärke, in die zweite Linie gedrückt worden.“ Es läßt sich nicht leugnen: Weder der fleißige Robert Schmidt, noch der feinsinnige und weiche Radbruch oder der idealistische und durch und durch vornehme Rheinländer Sollmann und andere mehr waren im Stande, eine der Zusammenarbeit von Braun und Severing irgendwie gleichartige Leistung den Ministern der anderen Parteien gegenüberzustellen. Gewiß, auch Braun hat erst noch Entwicklungen durchgemacht; er war als Volksbeauftragter 1918 und auch noch vielleicht eine Zeitlang als Landwirtschaftsminister noch allzu stark mit den Eierchen des Parteipolitikers behaftet, hatte noch nicht den weiten Blick und die oft nötige kühle Objektivität des voraussehenden Staatsmannes. Aber überraschend schnell hat er sich den Anforderungen angepaßt, die ein mit ständig wachsenden Schwierigkeiten verbundenes Amt an ihn stellte. War er im Kabinett Hirsch, in dem er als Landwirtschaftsminister arbeitete, oft noch der temperamentvolle Streiter, der Zwischenfälle veranlaßte und — oft auch in sich selbst isolierender Auflehnung gegen Fraktionsgenossen im Kabinett — unbeherrscht seiner Verstimmung die Zügel schießen ließ, so hat er 1921 bis 1924 als Leiter des Kabinetts der großen Koalition ein staatsmännisches Gesicht und eine Fähigkeit bewiesen, den Ausgleich unter den oft genug weit auseinander strebenden Forderungen der Koalitionsparteien zu bewirken, wie sie besser kein ge-

wiegter Diplomat auch der ausgezeichnetsten alten Schule hätte beweisen können. Man kann es ruhig sagen, daß es unter den Politikern von Rang, die heute an sichtbarer Stelle stehen, nur äußerst wenige geben wird, die gleich ihm diese dreieinviertel Jahre der Koalitionspolitik dreier republikanischen Parteien — die untereinander wieder in kulturpolitischen, wirtschaftlichen und rein politischen Fragen schon so vieles trennte — mit der stets schwankenden, bedenkensvoll nach rechts blickenden, höchstens vernunftrepublikanischen Deutschen Volkspartei ermöglicht und durchgehalten hätten. Und wenn gerade von führender volksparteilicher Seite noch in den Hauptauschussverhandlungen des Herbstes 1924 ausdrücklich erklärt wurde, daß, wenn in den Novemberstürmen 1923 das Reichsgebäude nicht in einer gewaltigen Explosion in die Luft geflogen sei, das vor allem der Stetigkeit und Zielbewußtheit der preussischen Politik zu verdanken gewesen sei, so liegt darin für Braun, der seine hohe Schule der Diplomatie absolviert, keine theoretischen staatsrechtlichen Studien hatte treiben können, die nachdrücklichste Würdigung des Wertes der letzten und ereignisreichsten Jahre seines Lebens, die Anerkennung aber auch seiner nicht gewöhnlichen Klugheit und zähen Energie.

Man hat Otto Braun oft mehr als energisch, hat ihn brutal genannt. Und in der Tat, dieser Mann, dem der Krieg seinen einzigen Sohn geraubt hat und der seitdem wohl noch etwas verschlossener und äußerlich kälter geworden war, als es ohnehin seiner ruhigen und zurückhaltenden ostpreussischen Art entsprach, konnte oft, wenn er etwas durchsetzen wollte, eine Zielbewußtheit und Hartnäckigkeit an den Tag legen, die des brutalen Anstrichs nicht entbehrte. Aber es war doch stets eine brutale Energie, die dadurch erträglicher wurde und verführerisch wirkte, daß sie stets nur einer Sache, einer Idee diente und außerdem niemals den bei Otto Braun alles beherrschenden Intellekt auszuschalten vermochte. Otto Braun diente seinen Ideen mit einer Energie, von der man nur sagen kann, daß, hätten alle republikanischen Politiker und Minister etwas davon gehabt, wir heute um die Republik nicht in Sorge zu sein brauchten. Er kämpfte für den republikanischen Gedanken und für soziale Gerechtigkeit. Aus den Jahrzehnten seines Kampfes in der agrarpolitischen Bewegung, als Vorkämpfer insbesondere der Forderung der Landarbeiterbefreiung, brachte dieser Ostpreuze, der

Wendend

stimmungsgemäß seelisch sehr fest im Boden seiner Heimat wurzelt — trotz der vielen Jahre, die er im politischen Kampfe auch im Rheinland verbrachte, ein starkes Kampfgelüst gegen das durch und durch unsoziale ostelbische Großagrariertum mit. Sein heftiger Streit gegen den Reichslandbund, der im Landwirtschaftsminister Braun mit sicherem Instinkt den gefährlichen Feind und Sachkenner erkannte, sein scharfes unerschrockenes Auftreten gegen den Ansturm der Reaktion auf allen Gebieten zeigten, daß dieser Mann nicht, wie so manche andere, in der Zeit seiner Ministerpraxis das vergessen oder gar verleugnet hatte, was ihm vordem Leitstern seines Lebens war. Der große Erfolg der Landarbeiterbefreiung ist denn auch das Werk dieses Mannes gewesen. Schon in Weimar hat er den Deutschnationalen zugerufen, daß er, der nicht wie die königlichen preussischen Landwirtschaftsminister nach der Pfeife der Großagrariere tanzen wolle (und den sie deshalb den „Minister gegen die Landwirtschaft“ nannten), stolz darauf sei, von ihnen gehaßt, aber dafür der Vertrauensmann der Millionen bis dahin geknechteter Landarbeiter zu sein.

Otto Braun, den zu seinem ersten Amte als Landwirtschaftsminister neben den Kenntnissen, die er sich in jahrzehntelanger Tätigkeit als Agrarreferent seiner Partei erworben hatte, nicht zuletzt auch seine starke und tiefe verständnisvolle Liebe zum deutschen Walde und zur Natur überhaupt geeignet machte — Otto Braun war auch später als Ministerpräsident nicht nur der kluge Politiker und zähe Verteidiger und Ausbau der republikanischen Position, der oft genug auch in kritischen Momenten die Reichspolitik entscheidend im republikanischen und demokratischen Sinne beeinflusst hat. Er wußte auch den Staat zu repräsentieren. Ein wofdem nie in Selbstüberhebung ausartendes Selbstbewußtsein, eine körperlich imponierende Erscheinung, die Kunst, Distance zu halten, und seine persönliche Untadeligkeit, an die auch in dieser verleumdungsreichen Zeit kein Schmutzspritzerchen herankam — all das stempelte ihn zum wirklichen Regierungschef, der nicht gezwungen oder links, sondern mit zielbewusster Selbstverständlichkeit auftrat und Respekt erzwang.

Otto Braun ist nun zunächst in den Hintergrund getreten. ... Darüber aber dürfte in den republikanischen Parteien kaum ein Zweifel bestehen, daß die deutsche Republik sich den Luxus nicht lange gestatten kann, einen Mann wie Braun in die relative Enge der Fraktionspolitik, in die vorwiegend

kritische oder oppositionelle Arbeit zu verweisen. Braun, der durchaus konstruktive politische Kopf, der kluge, bedachte und charaktvolle Mann, ebenso wie Severing einer der besten Repräsentanten der geistigen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft und ein Beweis für die in ihr schlummernden Möglichkeiten, muß bald wieder synthetische Arbeit an verantwortlicher Staatsstelle leisten können.

Diese Meinung läßt sich verwirklichen, wenn alle Republikaner am 29. März wählen:



Otto Braun.

Braun, Otto
P

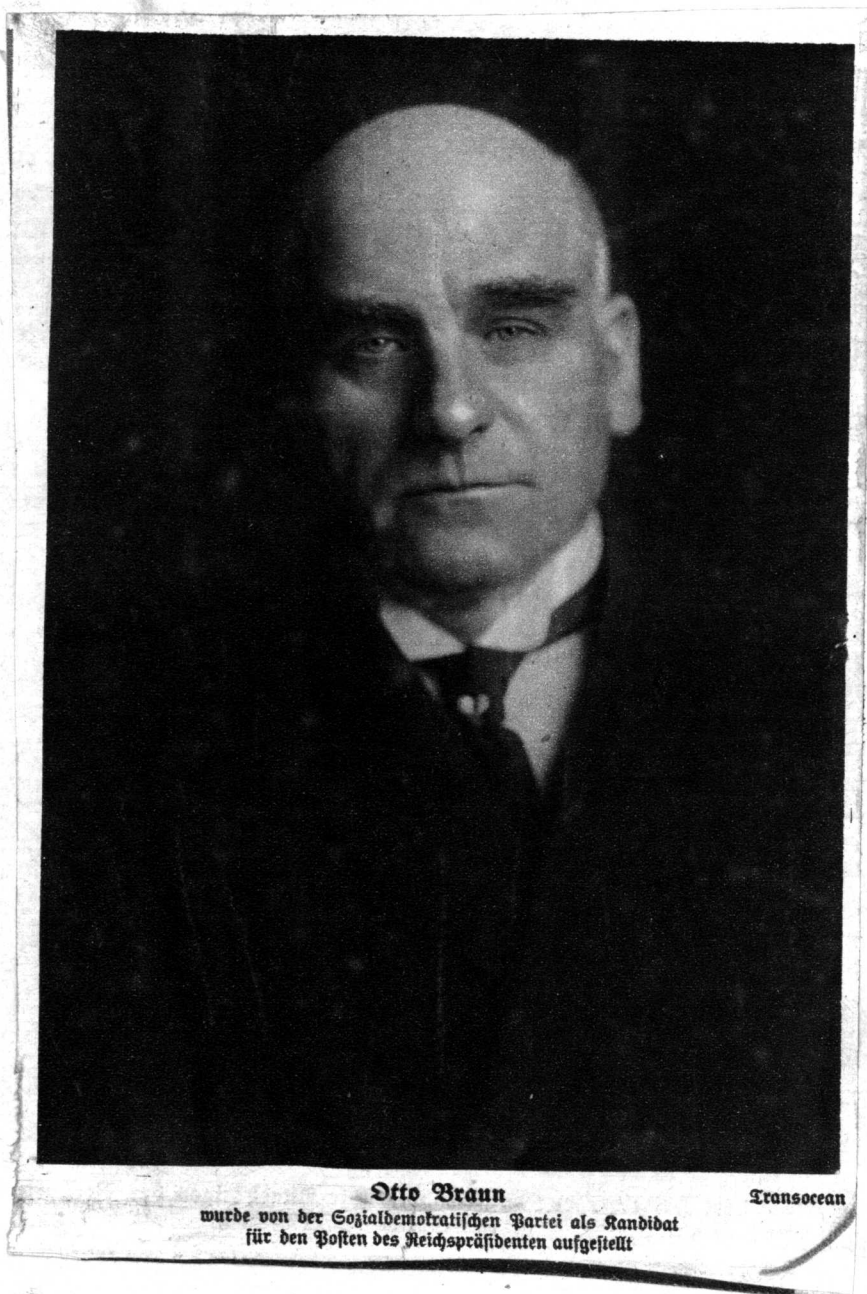
Signatur

Datum 15. März 1925 192

0 2 4 0 6 - 0 0 0 4 - 0 0 0

Vorwärts (Berlin)

Nr. 11 . . .



Otto Braun
wurde von der Sozialdemokratischen Partei als Kandidat
für den Posten des Reichspräsidenten aufgestellt

Transocean

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

N^o 331

**Ministerpräsident Braun
Ehrendoktor der Universität Köln**

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln hat den preussischen Ministerpräsidenten Braun zum Dr. rer. pol. h. c. ernannt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst hierzu meldet, hat der Ministerpräsident am 19. Juli die Herren Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Eckert, den stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums der Universität Köln, und den Dekan der Fakultät, Prof. Dr. v. Bederath, empfangen, die ihm das Diplom überreichten. In dem Doktor-Diplom wird ausgeführt, daß Ministerpräsident Braun sich in langjähriger Tätigkeit als Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident in schwierigen Zeiten um den preussischen Staat in hohem Maße verdient gemacht habe.

02406 10006-000

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 17.

preussischen Ministerpräsidenten Braun

der sich mit den Erwägungen der Vorredner auseinandersetzte. Zu dem von Ministerpräsident Held und Staatspräsident Bazille gewünschten Wege zum Föderativstaat erklärte Dr. Braun, das würde bedeuten: Rückgabe der Finanzhoheit des Reiches an die Länder und damit Wiederherstellung des preussischen Ubergewichts im Reich — eine Wirkung, die doch Bayern und Württemberg sicher nicht erzielen wollten. Infolgedessen bliebe

nur der Weg zum Einheitsstaat übrig.

Im Hinblick auf die historische Entwicklung müsse übrigens berücksichtigt werden, daß die Stammeigenart bei der Abgrenzung der Länder kaum eine Rolle gespielt habe. Die Aufteilung Preußens in Reichsprovinzen würde einen norddeutschen Reichsbund entstehen lassen, so daß wieder die Mainlinie als Grenze der süddeutschen und norddeutschen Gegensätze auftauchen könnte.

Vorläufig sei es jedenfalls zweckmäßig, den von Bürgermeister Dr. Petersen verlangten Ausschuß einzusetzen. Man müsse ihm aber die Richtlinien mitgeben, sich an die Möglichkeiten zu halten, die für die Reform des Reiches unter den jetzigen politischen Machtverhältnissen bestehen. Notwendig sei die Beachtung der wirtschaftlichen Erfordernisse und vor allem eine Rechts- und Verwaltungsangleichung zwischen den einzelnen Ländern.

In seinem Schlußworte dankte Reichsanwalt Marx den Referenten und betonte, die Referate hätten gezeigt, daß noch außerordentliche Schwierigkeiten einer Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse im Wege stünden.

0 2 4 0 6 - 0 0 0 7 - 0 0 0

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

~~Nr~~ 4 0 4

**Ministerpräsident Braun verzichtet
auf sein ostpreussisches Reichstagsmandat.**
(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)
* Berlin, 31. Mai. Der preussische Ministerpräsident Braun
hat sich entschlossen, auf sein ostpreussisches Mandat zum Reichstag
zu verzichten, da er zugleich auch im Wahlkreis Düsseldorf-
West für den Reichstag gewählt ist. In seiner Stelle tritt für
Ostpreußen als neues sozialdemokratisches Mitglied der Redakteur
an der „Königsberger Volkszeitung“, Lufft, in den Reichstag
ein. Ministerpräsident Braun vertritt Ostpreußen als sozialdemo-
kratischer Spitzenkandidat im Landtag.

0 2 4 0 6 - 0008 - 0 0 0

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 18.

Das Reich, Preußen und die Länder.

Braun für stärkere Ausnutzung der Reichsgewalt.

Wir haben schon im gestrigen Morgenblatt einen kurzen Bericht über das Korreferat des preußischen Ministerpräsidenten Braun auf der Länderkonferenz gegeben. Jetzt wird es in ausführlicherer Fassung veröffentlicht. Wir teilen auch sie unseren Lesern mit, da die Stellungnahme des Leiters der preußischen Politik zu der zur Erörterung stehenden Frage von besonderer Wichtigkeit ist.

Der preußische Ministerpräsident ging davon aus, daß es gerade die bairische Regierung gewesen ist, die schon vor einigen Jahren auf die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände hingewiesen und in einer eingehenden Denkschrift dargelegt hat, wie die jetzigen verfassungsrechtlichen Verhältnisse reformiert und geändert werden müßten.

Die jetzigen Zustände, so führte Ministerpräsident Braun aus, sind auf die Dauer unhaltbar, und zwar unhaltbar aus finanziellen wie aus allgemeinen staatspolitischen Erwägungen.

Ich lege dabei auf die finanzielle Seite kein so großes Gewicht, weil ja das billigste System nicht immer das beste ist, wie die billigste Ware nicht immer die beste ist. Ob das eine oder das andere System in seiner praktischen Auswirkung, und zwar finanziell, billiger oder teurer ist, das läßt sich zahlenmäßig überhaupt nicht nachweisen, und alle Vergleiche, wie sich die Dinge in Amerika oder in der Schweiz oder in Dänemark oder zwischen den innerdeutschen Staaten finanziell gestalten, führen zu keinem klaren Bild über die finanzielle Wirkung des einen oder anderen, was hier in der Reform angestrebt wird. Die Kompliziertheit, die sich eben aus unseren komplizierten Verhältnissen ergibt, wird von allen verantwortlichen Kreisen in der Wirtschaft und in der Verwaltung empfunden, läßt sich aber zahlenmäßig nicht ausrechnen und demgemäß auch nicht zu Vergleichszwecken gegenüberstellen. Es wird auch und zwar mit Recht eingewendet, das Bismarcksche Reich sei auch nicht billiger gewesen. Das stimmt; es war vielleicht, da noch die Ausgaben für die verschiedenen Hofhaltungen hinzukamen, sogar noch etwas teurer. Bei dieser Argumentierung wird nur immer vergessen, daß wir damals ein reiches Land waren und uns eine gewisse Komfortabilität leisten konnten und heute nicht mehr leisten können. Ich lege das Schwergewicht auf die staatspolitischen Verhältnisse, die meiner Meinung nach in dem ganzen Reich nur erträglich waren durch die Hegemonie Preußens und die Personalunion, die sich zwischen der preußischen Regierung, zwischen der preußischen Spitze und der Spitze der Reichsregierung ergaben. In Weimar hat man diese Grundlage verlassen. Wir hatten vor Weimar keinen rein föderativen Staat, und wir haben ihn auch heute nicht. Geographisch ist schon ein reiner Föderativstaat unmöglich. Es ist ausgeschlossen, daß eine gleichberechtigte Föderation auf demokratischer Grundlage in der praktischen Ausföhrung bestehen kann, wenn der eine Teil fast 40 Millionen Einwohner und der andere Teil nur 40 000 umfaßt. Jedenfalls ist man in Weimar auf halbem Wege zum Einheitsstaat stehen geblieben, und aus dieser Halbheit ergibt sich die ganze Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes.

Den Ländern ist das Rückgrat ihrer Staatshoheit, d. h. die Finanzhoheit, im wesentlichen genommen. Da liegt die Wurzel des ganzen Übels. Solange unsere staatsrechtlichen Verhältnisse diesen unbefriedigenden, sagen wir einmal fast labilen Zustand haben, solange werden wir auch nicht zu einer präzisen Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern gelangen können.

Jetzt liegen die Dinge tatsächlich so, daß es eine Reihe von Ländern gibt, die zwar den Willen, aber nicht mehr die Kraft, die finanzielle Kraft haben, ihr eigenes staatliches Leben aufrechtzuerhalten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß kleine Länder, die den Willen und die Kraft zur Eigenstaatlichkeit haben, wie Herr Ministerpräsident Held ganz richtig sagte, gegen ihren Willen nicht gezwungen werden können, ihre Eigenstaatlichkeit aufzugeben, und

ich stehe auch nicht an, hier zu erklären, daß die preußische Regierung, soweit ich sie beeinflussen kann, stets davon ausgegangen ist, daß wir durchaus keinen Zwang auf kleine Länder ausüben wollen, sich Preußen anzuschließen.

Es wird jetzt so hingestellt, als ob Preußen seine Fingarme überall hin ausstrecke, um solche kleinen Länder zu verschlucken. Wir denken gar nicht daran. Jeder Anschluß eines Landes bedeutet für uns eine Vergrößerung der Lasten, um so mehr, als diese Länder auch noch mit gewissen Prätentionen zu uns kommen. Wie die Dinge heute liegen, bedeutet das Aufgehen jedes kleinen Landes, wenn die Reichsverfassung unverändert bleibt, für Preußen eine Einschränkung seines Einflusses im Reichsrat und demgemäß in der Reichspolitik.

Nun noch ein Wort zu dem

Regierungs dualismus zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das kein erstrebenswerter Zustand ist. Er ist aber nicht neu, wir hatten auch früher in Berlin eine Reichsregierung und eine preußische Staatsregierung. Indes, bei dem Bismarckschen Aufbau des Reiches war das etwas anderes. Wenn heute die abweichende Stellungnahme der preußischen Regierung im Reichsrat Reichsgesetzesvorlagen gegenüber in der Wesentlichkeit oft als ein Grundieren der preußischen Staatsregierung gegen die Reichsregierung ausgelegt wird, so ist das vollkommen irreführend. Ministerpräsident Held hat sich darauf bezogen, wie unangenehm oft das Bestreben der Reichsregierung, in Länderkompetenzen einzugreifen, in den Ländern empfunden wird. Bis zu einem gewissen Teil des Weges gehe ich da mit ihm konform; da sind wir einig, aber ich komme zu anderen Schlussfolgerungen. Die Verhältnisse zeigen, daß der jetzige Aufbau, die jetzige Zweitteilung auf die Dauer nicht zu halten ist und dazu führen muß, daß fortgesetzt auch die Reichsregierung bestrebt ist, in Preußen eine Verwaltung zu schaffen. Das führt naturgemäß, da bei diesem Vorgehen Länderverwaltungen nicht erspart werden, zu einer Aufblähung der Reichsverwaltung, zu einem Dualismus, der letzten Endes nicht nur teuer ist, sondern für die Wirtschaft, für unser Volk ganz außerordentlich schwerwiegende Folgen hat.

Es gibt für mich, da wir auf dem halben Weg nicht stehenbleiben können — darüber sind wir uns alle einig — nur ein weiteres Vorwärtsgen. Daß im Einheitsstaat die Stammeseigenheiten nicht hinreichend be-

Das Reich, Preußen und die Länder.

Braun für stärkere Ausnutzung der Reichsgewalt.

Wir haben schon im gestrigen Morgenblatt einen kurzen Bericht über das Korreferat des preußischen Ministerpräsidenten Braun auf der Länderkonferenz gegeben. Jetzt wird es in ausführlicherer Fassung veröffentlicht. Wir teilen auch sie unseren Lesern mit, da die Stellungnahme des Leiters der preußischen Politik zu der zur Erörterung stehenden Frage von besonderer Wichtigkeit ist.

Der preußische Ministerpräsident ging davon aus, daß es gerade die bairische Regierung gewesen ist, die schon vor einigen Jahren auf die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände hingewiesen und in einer eingehenden Denkschrift dargelegt hat, wie die jetzigen verfassungsrechtlichen Verhältnisse reformiert und geändert werden müßten.

Die jetzigen Zustände, so führte Ministerpräsident Braun aus, sind auf die Dauer unhaltbar, und zwar unhaltbar aus finanziellen wie aus allgemeinen staatspolitischen Erwägungen.

Ich lege dabei auf die finanzielle Seite kein so großes Gewicht, weil ja das billigste System nicht immer das beste ist, wie die billigste Ware nicht immer die beste ist. Ob das eine oder das andere System in seiner praktischen Auswirkung, und zwar finanziell, billiger oder teurer ist, das läßt sich zahlenmäßig überhaupt nicht nachweisen, und alle Vergleiche, wie sich die Dinge in Amerika oder in der Schweiz oder in Dänemark oder zwischen den innerdeutschen Staaten finanziell gestalten, führen zu keinem klaren Bild über die finanzielle Wirkung des einen oder anderen, was hier in der Reform angestrebt wird. Die Kompliziertheit, die sich eben aus unseren komplizierten Verhältnissen ergibt, wird von allen verantwortlichen Kreisen in der Wirtschaft und in der Verwaltung empfunden, läßt sich aber zahlenmäßig nicht ausrechnen und demgemäß auch nicht zu Vergleichszwecken gegenüberstellen. Es wird auch und zwar mit Recht eingewendet, das Bismarck'sche Reich sei auch nicht billiger gewesen. Das stimmt; es war vielleicht, da noch die Ausgaben für die verschiedenen Hofhaltungen hinzukamen, sogar noch etwas teurer. Bei dieser Argumentierung wird nur immer vergessen, daß wir damals ein reiches Land waren und uns eine gewisse Komfortabilität leisten konnten und heute nicht mehr leisten können. Ich lege das Schwergewicht auf die staatspolitischen Verhältnisse, die meiner Meinung nach in dem ganzen Reich nur erträglich waren durch die Hegemonie Preußens und die Personalunion, die sich zwischen der preußischen Regierung, zwischen der preußischen Spitze und der Spitze der Reichsregierung ergaben. In Weimar hat man diese Grundlage verlassen. Wir hatten vor Weimar keinen rein föderativen Staat, und wir haben ihn auch heute nicht. Geographisch ist schon ein reiner Föderativstaat unmöglich. Es ist ausgeschlossen, daß eine gleichberechtigte Föderation auf demokratischer Grundlage in der praktischen Ausführung bestehen kann, wenn der eine Teil fast 40 Millionen Einwohner und der andere Teil nur 40 000 umfaßt. Jedenfalls ist man in Weimar auf halbem Wege zum Einheitsstaat stehen geblieben, und aus dieser Halbheit ergibt sich die ganze Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes.

Den Ländern ist das Rückgrat ihrer Staatshoheit, d. h. die Finanzhoheit, im wesentlichen genommen. Da liegt die Wurzel des ganzen Übels. Solange unsere staatsrechtlichen Verhältnisse diesen unbefriedigenden, sagen wir einmal fast labilen Zustand haben, solange werden wir auch nicht zu einer präzisen Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern gelangen können.

Nicht liegen die Dinge tatsächlich so, daß es eine Reihe von Ländern gibt, die zwar den Willen, aber nicht mehr die Kraft, die finanzielle Kraft haben, ihr eigenes staatliches Leben aufrechtzuerhalten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß kleine Länder, die den Willen und die Kraft zur Eigenstaatlichkeit haben, wie Herr Ministerpräsident Held ganz richtig sagte, gegen ihren Willen nicht gezwungen werden können, ihre Eigenstaatlichkeit aufzugeben, und

ich stehe auch nicht an, hier zu erklären, daß die preußische Regierung, soweit ich sie beeinflussen kann, stets davon ausgegangen ist, daß wir durchaus keinen Zwang auf kleine Länder ausüben wollen, sich Preußen anzuschließen.

Es wird jetzt so hingestellt, als ob Preußen seine Fingarme überall hin ausstrecke, um solche kleinen Länder zu verschlucken. Wir denken gar nicht daran. Jeder Anschluß eines Landes bedeutet für uns eine Vergrößerung der Lasten, um so mehr, als diese Länder auch noch mit gewissen Präventionen zu uns kommen. Wie die Dinge heute liegen, bedeutet das Aufgehen jedes kleinen Landes, wenn die Reichsverfassung unverändert bleibt, für Preußen eine Einschränkung seines Einflusses im Reichsrat und demgemäß in der Reichspolitik.

Nun noch ein Wort zu dem:

Regierungsdualismus zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das kein erstrebenswerter Zustand ist. Er ist aber nicht neu, wir hatten auch früher in Berlin eine Reichsregierung und eine preußische Staatsregierung. Inbes, bei dem Bismarck'schen Aufbau des Reiches war das etwas anderes. Wenn heute die abweichende Stellungnahme der preußischen Regierung im Reichsrat Reichsgesetzesvorlagen gegenüber in der Deffinitivität oft als ein Hindernis der preußischen Staatsregierung gegen die Reichsregierung ausgelegt wird, so ist das vollkommen irreführend. Ministerpräsident Held hat sich darauf bezogen, wie unangenehm oft das Bestreben der Reichsregierung, in Länderkompetenzen einzugreifen, in den Ländern empfunden wird. Bis zu einem gewissen Teil des Begehe ich da mit ihm konform; da sind wir einig, aber ich komme zu anderen Schlussfolgerungen. Die Verhältnisse zeigen, daß der jetzige Aufbau, die jetzige Zerteilung auf die Dauer nicht zu halten ist und dazu führen muß, daß fortgesetzt auch die Reichsregierung bestrebt ist, in Preußen eine Verwaltung zu schaffen. Das führt naturgemäß, da bei diesem Vorgehen Länderverwaltungen nicht erspart werden, zu einer Auflösung der Reichsverwaltung, zu einem Dualismus, der letzten Endes nicht nur teuer ist, sondern für die Wirtschaft, für unser Volk ganz außerordentlich schwerwiegende Folgen hat.

Es gibt für mich, da wir auf dem halben Weg nicht stehenbleiben können — darüber sind wir uns alle einig — nur ein weiteres Vorwärtsgen. Daß im Einheitsstaat die Stammeseigenheiten nicht hinreichend berücksichtigt werden könnten, ist einer der Einwände gegen eine größere Vereinheitlichung unseres innerstaatlichen Lebens. Da möchte ich doch nur darauf hinweisen, diese angeblichen Stammeseigenheiten haben bei der Abgrenzung der deutschen Länder aber nur eine ganz geringe, zum Teil gar keine Rolle

gespielt. Als Napoleon seinerzeit eine gewisse Abgrenzung der inneren deutschen Länder schuf, hat er weder an Stammeseigenheiten, noch an sonstige innerdeutsche kulturelle Belange gedacht, sondern nur daran: Wie schwäche ich Deutschland und wie verhindere ich, daß Deutschland zu einem einheitlichen Willen nach außen kommen kann?

Ministerpräsident Braun sprach sich dann gegen den Gedanken aus, Staaten, die ihre Selbständigkeit aufgeben wollen, zu Reichsländern zu machen und sie demgemäß unmittelbar vom Reich verwalten zu lassen. Was gegen diesen Vorschlag von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Held gesagt worden ist, unterschreibe ich fast reiflos. Ein derartiges Vorgehen würde den Zustand, wie wir ihn heute haben, und wie wir ihn für unhaltbar erachten, noch mehr komplizieren. Auch den Plan, das preußisch-deutsche Problem dadurch zu lösen, daß man Preußen in Provinzen aufteilt und sie als Reichsprovinzen unmittelbar vom Reich verwalten läßt, lehnte Braun ab, da er entweder zu einer Vermehrung der Einzelstaaten oder zu einer Entrechtung der norddeutschen Bevölkerung führen würde, die trotzdem in Süddeutschland als Hegemonie Preußens empfunden werden würde.

Ein norddeutsches Reichsland würde nach meiner festen Ueberzeugung — solche Dinge haben wir in ihrer Auswirkung nicht in der Hand, sie sind zwangsläufig — zu einer Spaltung des Reichs in ein norddeutsches Reich und ein süddeutsches Reich führen.

(Zuruf: Oesterreich! Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Großpreußen!) Braun lehnte den Gedanken eines Großpreußen ab und warnte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen vor einer parteipolitischen Einstellung gegenüber den staatsrechtlichen Problemen. Man solle auch nicht, so erklärte er, davon reden, daß die Verwirklichung eines Einheitsstaates dem Sozialismus zugute käme und den Zusammenbruch herbeiführen würde. Wir sollten uns hier, so sagte Braun, wenn wir an die ernste Lösung dieses Problems gehen, von solcher Beweisführung freimachen. Aus dieser Atmosphäre müssen wir die Frage herausnehmen, und ich sehe auch bezweigen für die heutige Konferenz keinen anderen Ausweg als den, den der Bürgermeister Dr. Petersen vorgeschlagen hat, nämlich die Einsetzung eines Ausschusses, dem freilich eine gewisse Richtung vorgezeichnet werden muß. Wir haben lange genug geschwankt.

Es bleibt für mich nur der eine Weg, und das muß als Richtung diesem Ausschuss gegeben werden: Der Weg, der in Weimar eingeschlagen worden ist, muß konsequent fortgesetzt werden, und da man nicht zu dem zurückgehen kann, was 1914 war, sehe ich den Weg nur darin, daß das Reich weiter die legislative Gewalt, die die Verfassung ihm gibt, reiflos ausschöpft, gewiß langsam, aber

doch ganz systematisch und zielbewußt. Man muß sich aber weiter auch noch damit beschäftigen, wie eine Rechts- und Verwaltungsangleichung unter den deutschen Ländern mehr verwirklicht werden kann.

Das würde, ohne einen Einheitsstaat zu schaffen, Herr Ministerpräsident Dr. Held, doch wesentlich zu der mir vorstehenden und als notwendig angesehenen Vereinheitlichung und Nationalisierung unseres ganzen öffentlichen, staatlichen Lebens beitragen. Was dann weiter geschieht, überlassen wir dem historischen Werden. Dann wird die Sache schon zwangsläufig weitergehen. Wir wollen die Dinge so klären und so gestalten, daß alle Teile des deutschen Volkes, gleichviel, in welchem Staatsverband sie leben, die größere Vereinheitlichung und Nationalisierung unseres Staatslebens als berechtigt anerkennen. Das ist eben ein Zwang nicht mehr nötig, mit dem sie sich abfinden müssen, sondern wir werden in Einmütigkeit die Form unseres Staatslebens finden, die letzten Endes allen Volksgenossen frommt, und die die Reichsgewalt, und damit eben die Kraft des ganzen deutschen Volkes nach außen stärkt.

2. a 99 g.w. 502 II
0 2 4 0 6 1 0 0 1 0 - 0 0 0

Hamburgischer Correspondent

Nr 466

Ein willkommener Gast.

Bevorstehende Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat als Termin für seinen Besuch beim hamburgischen Senat Anfang November in Aussicht genommen.

*

Es bedarf nicht vieler Worte, um zu sagen, daß der Besuch des preußischen Ministerpräsidenten uns Hamburgern willkommen ist als ein Zeichen für die Bereitwilligkeit Preußens, auf dem Wege freundschaftlicher Auseinandersetzung die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Untereisbegebiet aus der Welt zu schaffen. Für den praktischen Erfolg solcher Besprechungen würde es freilich viel bedeuten, wenn es gelänge, die preußische Regierung vorher im Sinne der Großen Koalition umzubilden. Denn es kann ja kein Zweifel darüber sein, daß die vielen heißen Fragen, die dann zur Debatte stehen, sich leichter entwickeln und lösen, wenn sie von politisch homogenen Regierungen in beiden Ländern unterstützt werden. Wir behalten uns eine eingehende sachliche Betrachtung über das, was Hamburg in dieser Situation gerade auf Grund von Erfahrungen der allerletzten Zeit zu sagen hat, vor; sprechen aber schon heute im allgemeinen die bestimmte Erwartung aus, daß die kommenden Besprechungen von keiner Seite durch überflüssiges Tempe-

rament oder gar durch parteipolitische Einwürfe gestört werden. Denn davon haben wir in der Vergangenheit zu unserem eigenen Schaden genug erlebt.

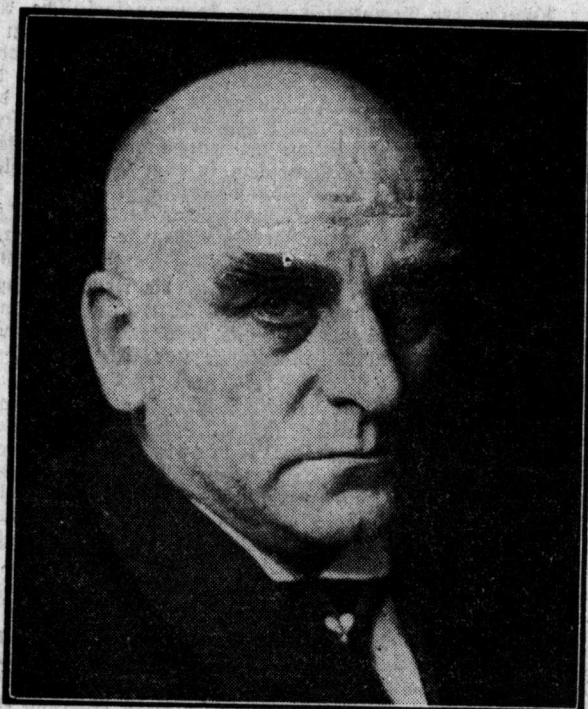
Braun, Otto

0 2 4 0 6 - 0 0 1 1 - 0 0 0

Hamburger Nachrichten

Nr. 570

**Zum Besuch des preussischen Ministerpräsidenten
in Hamburg.**



phot. Sennecke.

Preussischer Ministerpräsident Otto Braun.
traf heute mittag auf dem Dammtor-Bahnhof ein.

Braun, Ministerpräsident
Signatur

Datum **9. Dez. 1928** 192

0 2 4 0 6 - 0 0 1 2 - 0 0 0

Hamburger Fremdenblatt

Nr. **3 4 2.**

**Dank des Ministerpräsidenten
Braun an Dr. Petersen.**

Der Preussische Ministerpräsident Dr. h. c.
Braun hat folgendes Schreiben an Bürger-
meister Dr. Petersen gerichtet:

Nach meiner Rückkehr ist es mir aufrichtiges
Bedürfnis, Ihnen für den warmen und gast-
lichen Empfang, den Sie mir in Hamburg be-
reitet haben, und für die mir während meines
Aufenthaltes dort erteilten Aufmerksamkeiten
meinen herzlichen Dank auszusprechen, den ich
ergebenst bitte auch dem Senat und der Bürger-
schaft der Freien und Hansestadt freundlichst zu
übermitteln.

P. Braun
Signatur
Datum 9. Okt. 1930₁₉₃

0 2 4 0 6 - 0 0 1 3 - 0 0 0

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 7 5 4

**Beleidigungsprozesse
des preußischen Ministerpräsidenten.**
(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)
✠ Berlin, 8. Okt. Wie der Amtliche Preussische PresseDienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Braun gegen den Chefredakteur der „Kasseler Post“, Heinrich Walter, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In der „Kasseler Post“ vom 16. Juli d. J. war aus der Feder des Angeeschuldigten ein Leitartikel erschienen, der Ausführungen enthielt, die geeignet waren, den preussischen Ministerpräsidenten in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.
Außerdem hat der Ministerpräsident gegen den „Altkasseler Beobachter“ wegen verschiedener in der Nummer vom 12. Juli d. J. enthaltenen schweren Beleidigungen der preussischen Staatsregierung auf Grund eines Beschlusses des preussischen Staatsministeriums in dessen Namen und Auftrag Strafantrag gestellt.

02 4 0 6 - 0014 - BEC

Deutsche Tageszeitung (Berlin)

216

Schlechtes Gedächtnis?

Man schreibt uns aus Königsberg:

Am 25. April hielt der Preussische Ministerpräsident Otto Braun bekanntlich in Königsberg unter blutigen roten Fahnen eine Rede, in der er, offenbar um den peinlichen Eindruck der knallroten Demonstration abzuschwächen, erklärte, daß er nicht als preussischer Ministerpräsident, sondern einfach als Genosse Otto Braun unter den Farben seiner Partei spreche. Die Unhaltbarkeit dieser fein säuberlichen Scheidung bewies er freilich selbst sofort, indem er von der roten Tribüne aus eine deutsch-nationale Anfrage im Landtag beantwortete und zum Schluß ganz offizielle Erklärungen über Volksbegehr, Volksentscheid und Landtagsneuwahlen abgab.

Nun hat Otto Braun zehn Tage nach der Königsberger Rede im Preussischen Landtag wiederum gesprochen, und diesmal ohne Zweifel in amtlicher Stellung als Ministerpräsident. Dabei ist ihm nun das Eigentümliche passiert, daß er in dieser amtlichen Stellung genau die Königsberger Rede zum zweitenmal gehalten hat, also die Rede, die er dort dem Genossen Otto Braun in den Mund gelegt hat. Man liest und liest und wird immer betroffener: Genau dieselben Worte der Werbung an das Zentrum, genau denselben Eieranzug um die Freidenker, genau dieselben Beschuldigungen des Terrors der Rechten beim Volksbegehr, vollends genau der Exkurs gegen Herrn von Oldenburg-Januschau, den er als Kronzeugen gegen die Deutsche Volkspartei heranzog, genau dieselbe Prophezeiung, daß der Volksentscheid eine große Pleite sein werde. Was in Berlin hinzugefügt wurde, waren Nebensachen, die sich aus dem Platz, von dem er sprach und aus der kurzen Zeitdifferenz zur Königsberger Rede von selbst ergaben.

Wie steht es denn nun? Hält Herr Otto Braun seine Behauptung noch aufrecht, daß er in Königsberg als Genosse Braun gesprochen hat? Oder hat er vielleicht auch am Ende im Landtage nur als solcher und nicht als Ministerpräsident gesprochen? Hat er wirklich ein so schlechtes Gedächtnis, daß er seine Königsberger Rede längst vergessen hat? Jedenfalls wird der Herr preussische Ministerpräsident und Genosse Otto Braun sich von der Tatsache überzeugen müssen, daß andere Menschen in Preußen ein gutes Gedächtnis haben, ein besseres offenbar als er!

Aber er macht Schule! Am 1. Mai hat in Berlin eine Klassenkundgebung des Berlin-Tempelhofer Reichsbanners und SPD. stattgefunden, bei der u. a. ein Bürgerkriegslied aufgeführt wurde, in dem der bewaffnete Aufstand des Proletariats verherrlicht und die Menge daran erinnert wurde, „die Pariser Kommune nicht zu vergessen und ihren Geist lebendig zu erhalten“. Darüber braucht man sich heute leider nicht mehr aufzuregen. Das sind Alltagslichkeiten, denen die Polizei geduldig zuschaut — trotz der Notverordnung! Interessant aber war, daß in der Versammlung der Sozialdemokratische Ministerialdirektor Dr. Becker die „Festrede“ hielt. Eigentlich hatte der Kultusminister Dr. Grimme, „der Exponent seiner Partei“, reden sollen. Da er verhindert war, so entsandte er — natürlich als Genosse, beileibe nicht als Minister! — den Dr. Becker — natürlich als Genossen und beileibe nicht als Ministerialdirektor — als seinen Vertreter in die Versammlung, der denn auch unter dem Schutz zahlloser roter Fahnen die heutige Weisheit verkündete, daß „das deutsche Proletariat heute seine ganze Kraft in den Dienst des Befreiungskampfes des Proletariats zu stellen hätte. Der 1. Mai sei deshalb auch kein Feiertag, sondern ein Kampftag erster Ordnung, und zwar nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für das gesamte internationale Proletariat.“

Das hat Dr. Becker natürlich nicht als preussischer Beamter gesagt, nein, natürlich nur als Genosse! Aber freilich, wenn der hohe Chef „Exponent der Sozialdemo-

Schlechtes Gedächtnis?

Man schreibt uns aus Königsberg:

Am 25. April hielt der Preussische Ministerpräsident Otto Braun bekanntlich in Königsberg unter blutigen Fahnen eine Rede, in der er offenbar um den peinlichen Eindruck der knallroten Demonstration abzuschwächen, erklärte, daß er nicht als preussischer Ministerpräsident, sondern einfach als Genosse Otto Braun unter den Farben seiner Partei spreche. Die Unhaltbarkeit dieser fein säuberlichen Scheidung bewies er freilich selbst sofort, indem er von der roten Tribüne aus eine deutsch-nationale Anfrage im Landtag beantwortete und zum Schluß ganz offizielle Erklärungen über Volksbegehre, Volksentscheid und Landtagsneuwahlen abgab.

Nun hat Otto Braun zehn Tage nach der Königsberger Rede im Preussischen Landtag wiederum gesprochen, und diesmal ohne Zweifel in amtlicher Stellung als Ministerpräsident. Dabei ist ihm nun das Eigentümliche passiert, daß er in dieser amtlichen Stellung genau die Königsberger Rede zum zweitenmal gehalten hat, also die Rede, die er dort dem Genossen Otto Braun in den Mund gelegt hat. Man liest und liest und wird immer betroffener: Genau dieselben Worte der Werbung an das Zentrum, genau denselben Eiertanz um die Freidenker, genau dieselben Beschuldigungen des Terrors der Rechten beim Volksbegehre, vollends genau der Exkurs gegen Herrn von Oldenburg-Januschau, den er als Kronzeugen gegen die Deutsche Volkspartei heranzog, genau dieselbe Prophezeiung, daß der Volksentscheid eine große Pleite sein werde. Was in Berlin hinzugefügt wurde, waren Nebensachen, die sich aus dem Platz, von dem er sprach und aus der kurzen Zeitdifferenz zur Königsberger Rede von selbst ergaben.

Wie steht es denn nun? Hält Herr Otto Braun seine Behauptung noch aufrecht, daß er in Königsberg als Genosse Braun gesprochen hat? Oder hat er vielleicht auch am Ende im Landtage nur als solcher und nicht als Ministerpräsident gesprochen? Hat er wirklich ein so schlechtes Gedächtnis, daß er seine Königsberger Rede längst vergessen hat? Jedenfalls wird der Herr preussische Ministerpräsident und Genosse Otto Braun sich von der Tatsache überzeugen müssen, daß andere Menschen in Preußen ein gutes Gedächtnis haben, ein besseres offenbar als er!

Aber er macht Schule! Am 1. Mai hat in Berlin eine Klassenkundgebung des Berlin-Tempelhofer Reichshanners und SPD. stattgefunden, bei der u. a. ein Bürgerkriegsturm aufgeführt wurde, in dem der bewaffnete Aufstand des Proletariats verherrlicht und die Menge daran erinnert wurde, „die Pariser Kommune nicht zu vergessen und ihren Geist lebendig zu erhalten“. Darüber braucht man sich heute leider nicht mehr aufzuregen. Das sind Alltäglichkeiten, denen die Polizei geduldig zuschaut — trotz der Notverordnung! Interessant aber war, daß in der Versammlung der sozialdemokratische Ministerialdirektor Dr. Becker die „Festrede“ hielt. Eigentlich hatte der Kultusminister Dr. Grimme, „der Exponent seiner Partei“, reden sollen. Da er verhindert war, so entsandte er — natürlich als Genosse, beileibe nicht als Minister! — den Dr. Becker — natürlich als Genossen und beileibe nicht als Ministerialdirektor — als seinen Vertreter in die Versammlung, der denn auch unter dem Schutz zahlloser roter Fahnen die heutige Weisheit verkündete, daß „das deutsche Proletariat heute seine ganze Kraft in den Dienst des Befreiungskampfes des Proletariats zu stellen hätte. Der 1. Mai sei deshalb auch kein Feiertag, sondern ein Grobkampftag erster Ordnung, und zwar nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für das gesamte internationale Proletariat.“

Das hat Dr. Becker natürlich nicht als preussischer Beamter gesagt, nein, natürlich nur als Genosse! Aber freilich, wenn der hohe Chef „Exponent der Sozialdemokratie“ ist, warum soll der Herr Ministerialrat das nicht auch sein? Da braucht man ja gar nicht „Schuster zu Hause“ zu spielen, wie Otto Braun mit seinen doppelten Qualitäten. „Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht.“ Sollte es aber, um im Ernst zu reden, nicht höchste Zeit sein diesem Tauschgeschäft, das alles im Staat auf den Kopf stellt, ein radikales Ende zu machen? Der Volksentscheid ruft gebieterisch dazu auf.

Vorwärts (Berlin)

Nr. 45

Otto Braun.

Zu seinem sechzigsten Geburtstag.

Der Mann, der heute seinen 60. Geburtstag in aller Stille und Zurückgezogenheit begeht, gilt der Welt als Staatsmann Preußens und als festeste Stütze der republikanischen Staatsform. Wir Sozialdemokraten aber fügen mit Stolz hinzu: Er ist unser! Otto Braun, ein Sohn des Volks, ein Proletarier durch Abkunft und Berufsgang, wurzelt fest in der Schicht, aus der er hervorgegangen ist: gleich unserem unvergeßlichen Friedrich Ebert hat auch er die Synthese zwischen sozialdemokratischer Zielsetzung und staatsmännischer Tat gefunden.

Ostpreußen, der Urboden einer zähen und fernigen Rasse, aber auch die Heimat einer tyrannischen Junkerherrschaft und eines durch sie verelendeten Landproletariats, hat uns den Mann geschenkt. In einer engen Gasse der Königsberger Altstadt als ältestes von acht Kindern eines Eisenbahners geboren, notdürftig in einer fünfklassigen Volksschule erzogen, erwählte Otto Braun den Buchdruckerberuf. Als Lehrling in der kleinen Druckerei Schlomer kam er bereits in Berührung mit der modernen Arbeiterbewegung. Noch regierte in Deutschland das Sozialistengesetz, eine öffentliche Betätigung als Sozialdemokrat war, zumal für einen Lehrling, nicht möglich. Unter der — heute würde man sagen — Tarnung eines „Veseklub Kani“ versammelte sich lerneifrige sozialistische Jugend zur Abendstunde in einem Keller. Hier wurden Hugo Haase und Ludwig Quessel Otto Brauns theoretische Lehrmeister.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes begann für den Neunzehnjährigen eine harte und aufreibende Parteiarbeit. Trotz seiner Jugend in den Vorstand des Königsberger Wahlvereins aufgenommen, hatte er nach wenigen Jahren schon die Herausgabe eines Wochenblattes zu leiten, das sich nach und nach in eine Tageszeitung verwandelte. Otto Braun war Geschäftsführer, Redakteur, Seher, Berichterstatter und Kolporteur des Blattes in einer Person für das fürstliche „Bonzengehalt“ von 100 Mark monatlich. Dabei blieb er, bis er um 1900 nach der Eroberung der Königsberger Ortskrankenkasse durch die Sozialdemokratie zu deren Rendanten bestellt wurde. Nach kurzer Tätigkeit Brauns galt die bis dahin verwahrloste Kasse als Musterinstitut.

Die langjährige Verbundenheit mit seiner ostpreußischen Heimat ist für Otto Brauns Werdegang in mancher Beziehung bestimmend gewesen. Er, der nach Beendigung seiner Lehrzeit sich einmal mit dem Plan getragen hatte, nach Amerika auszuwandern, sollte wie kein zweiter die speziellen Nöte und sozialen Sorgen seiner engeren Heimat erfassen lernen. Die Agitation in den ländlichen Wahlkreisen führte Otto Braun auf das Problem der Landarbeiterschaft, die unter der Fuchtel der preußischen Landarbeiterordnung von 1854 und unter der entnervenden Wirkung des Junkerschnapfes in kümmerlichstem Elend dahinvegetierten. Otto Braun ist der Begründer der ersten sozialistischen Landarbeiterzeitung, des ersten Landarbeiterkalenders und auf diesem Wege Mitbegründer des Deutschen Landarbeiterverbandes geworden.

Ueber zwei Jahrzehnte hat Otto Braun der Partei in treuester Organisations- und Kleinarbeit gedient, ehe sein Name in der großen Politik Klang erhielt. Doch einmal wurde der Name des Königsberger Kassenrendanten Braun

Zaren! Es lohnt heute noch, das Buch zu lesen, das der ermordete Kurt Eisner damals über diesen Prozeß verfaßt hat. Dieser Prozeß ist ein Schandmal der Liebedienerei und Kriecherei des wilhelminischen Regiments vor dem russischen Zarismus. Fast hätte dieser Prozeß Otto Brauns Leben vernichtet: er erkrankte in der Untersuchungshaft an Blinddarmentzündung. Staatsanwalt und Gericht verweigerten ihm Urlaub zur Vornahme der Operation, das Gericht mit der trivialen Begründung: es läge Fluchtverdacht vor wegen Nähe der — russischen Grenze... (bei Hochverrat gegen den Zaren!)

Der Prozeß endete mit einer großen Blamage der über-eifrigen Anklage und dem Freispruch der Angeklagten. Otto Braun wurde 1911 als Kassierer in den Parteivorstand berufen und verlegte damit seinen Wohnsitz nach Berlin. Bei der Preußenwahl von 1913 entsandte ihn der Wahlkreis Ober- und Niederbarnim, der die nördlichen Vororte Berlins umfaßte, zusammen mit Konrad Haenisch und Adolf Hofer in das preußische Dreiklassenparlament. Als Mitglied der sozialistischen Zehn-Mann-Fraktion kämpfte Braun wacker gegen den Uebermut der Junkermehrheit, zumal auf seinem Spezialgebiet, der Agrarfrage, die ihm immer wieder Gelegenheit bot, für die Interessen des verelendeten Landproletariats einzutreten.

Man darf von ihm sagen, daß er als Minister seine Reden, die er als Abgeordneter hielt, nicht vergessen hat. Als die Revolution Otto Braun auf den Posten eines preußischen Landwirtschaftsministers stellte, hat er den Landarbeitern das volle Koalitionsrecht, die volle soziale Versicherung und die Tarifverträge gegeben, hat er die Landarbeitersiedlung und den Bau von Landarbeiterwohnungen in Angriff genommen.

Kein preußischer Minister ist dem Junkertum und der Reaktion so verhaßt gewesen wie der Landwirtschaftsminister Braun. Zur Siedehitze stieg ihre Wut, als er im Jahre 1919 die streikenden Landarbeiter verteidigte und die Schuld des Junkertums feststellte, das durch seine halsstarrige Ablehnung der Tarifverträge und aller Schlichtungsversuche diese Streiks heraufbeschworen hatte. Ebenso stürmte im Landtag der Haß des Ostelbierturns gegen Otto Braun an, als er im Winter 1919/20 durch Notverordnung der systematischen Aussperrung der organisierten Landarbeiter durch die Junker ein Ende bereitete.

Kein Wunder, daß Otto Braun an die Spitze des Staatsministeriums berufen wurde, als nach dem Rapp-Portsch ein Mann mit fester Hand und starken Nerven erforderlich wurde, um die sich aufbäumende Reaktion niederzukämpfen. Otto Brauns Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten zusammen mit der Ernennung Carl Severings zum preußischen Innenminister bedeutet die eigentliche Geburtsstunde des „republikanischen Preußens“. Abgesehen von der sechsmonatigen Unterbrechung durch die Stegerwald-Episode hat Otto Braun das Steuer des preußischen Staatsschiffs bis heute in der Hand behalten. Er hat alle Versuche der vereinigten Reaktion von Hugenberg bis Thälmann, ihm dieses Steuer zu entwinden, mit kaltem Blut und überlegener Staatskunst niedergekämpft. Weder die fünfmalige Ministerstürzerei des ersten Quartalsjahres 1925, noch die alljährlichen Mißtrauensanträge der vereinigten Opposition von rechts und links, noch der schwarzweißrote Sowjetvolksentscheid von 1921 haben Braun aus dem Sattel zu heben vermocht.

Vorwärts (Berlin)

Nr. 45

Otto Braun.

Zu seinem sechzigsten Geburtstag.

Der Mann, der heute seinen 60. Geburtstag in aller Stille und Zurückgezogenheit begeht, gilt der Welt als Staatsmann Preußens und als festeste Stütze der republikanischen Staatsform. Wir Sozialdemokraten aber fügen mit Stolz hinzu: Er ist unser! Otto Braun, ein Sohn des Volks, ein Proletarier durch Abkunft und Berufsgang, wurzelt fest in der Schicht, aus der er hervorgegangen ist: gleich unserem untergeklärten Friedrich Ebert hat auch er die Synthese zwischen sozialdemokratischer Zielsetzung und staatsmännischer Tat gefunden.

Ostpreußen, der Urboden einer zähen und kernigen Rasse, aber auch die Heimat einer tyrannischen Junkerherrschaft und eines durch sie verelendeten Landproletariats, hat uns den Mann geschenkt. In einer engen Gasse der Königsberger Altstadt als ältestes von acht Kindern eines Eisenbahners geboren, notdürftig in einer fünfklassigen Volksschule erzogen, erwählte Otto Braun den Buchdruckerberuf. Als Lehrling in der kleinen Druckerei Schlomer kam er bereits in Berührung mit der modernen Arbeiterbewegung. Noch regierte in Deutschland das Sozialistengesetz, eine öffentliche Betätigung als Sozialdemokrat war, zumal für einen Lehrling, nicht möglich. Unter der — heute würde man sagen — Tarnung eines „Gesellklub Kanti“ versammelte sich lerneifrige sozialistische Jugend zur Abendstunde in einem Keller. Hier wurden Hugo Haase und Ludwig Duesel Otto Brauns theoretische Lehrmeister.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes begann für den Neunzehnjährigen eine harte und aufreibende Parteiarbeit. Trotz seiner Jugend in den Vorstand des Königsberger Wahlvereins aufgenommen, hatte er nach wenigen Jahren schon die Herausgabe eines Wochenblattes zu leiten, das sich nach und nach in eine Tageszeitung verwandelte. Otto Braun war Geschäftsführer, Redakteur, Setzer, Berichterstatler und Kolporteur des Blattes in einer Person für das fürstliche „Bonzengehalt“ von 100 Mark monatlich. Dabei blieb er, bis er um 1900 nach der Eroberung der Königsberger Ortsfrankenklasse durch die Sozialdemokratie zu deren Rendanten bestellt wurde. Nach kurzer Tätigkeit Brauns galt die bis dahin verwahrloste Kasse als Musterinstitut.

Die langjährige Verbundenheit mit seiner ostpreußischen Heimat ist für Otto Brauns Werdegang in mancher Beziehung bestimmend gewesen. Er, der nach Beendigung seiner Lehrzeit sich einmal mit dem Plan getragen hatte, nach Amerika auszuwandern, sollte wie kein zweiter die speziellen Nöte und sozialen Sorgen seiner engeren Heimat erfassen lernen. Die Agitation in den ländlichen Wahlkreisen führte Otto Braun auf das Problem der Landarbeiterschaft, die unter der Fuchtel der preußischen Landarbeiterordnung von 1854 und unter der entnervenden Wirkung des Junkerschnapses in kümmerlichstem Elend dahingevegetierten. Otto Braun ist der Begründer der ersten sozialistischen Landarbeiterzeitung, des ersten Landarbeiterkalenders und auf diesem Wege Mitbegründer des Deutschen Landarbeiterverbandes geworden.

Ueber zwei Jahrzehnte hat Otto Braun der Partei in treuester Organisations- und Kleinarbeit gedient, ehe sein Name in der großen Politik Klang erhielt. Doch einmal wurde der Name des Königsberger Rassenrendanten Braun in ganz Europa genannt, das war im Jahre 1904, als sich Otto Braun mit einer Anzahl von Parteigenossen vor der Königsberger Strafkammer zu verantworten hatte, angeklagt wegen Hochverrat, begangen — gegen den russischen

Zaren! Es lohnt heute noch, das Buch zu lesen, das der ermordete Kurt Eisner damals über diesen Prozeß verfaßt hat. Dieser Prozeß ist ein Schandmal der Liebedienerei und Kriecherei des wilhelminischen Regiments vor dem russischen Zarismus. Fast hätte dieser Prozeß Otto Brauns Leben vernichtet: er erkrankte in der Untersuchungshaft an Blinddarmentzündung. Staatsanwalt und Gericht verweigerten ihm Urlaub zur Vornahme der Operation, das Gericht mit der frivolen Begründung: es läge Fluchtverdacht vor wegen Nähe der — russischen Grenze... (bei Hochverrat gegen den Zaren!)

Der Prozeß endete mit einer großen Blamage der übereifrigen Anklage und dem Freispruch der Angeklagten. Otto Braun wurde 1911 als Kassierer in den Parteivorstand berufen und verlegte damit seinen Wohnsitz nach Berlin. Bei der Preußenwahl von 1913 entsandte ihn der Wahlkreis Ober- und Niederbarnim, der die nördlichen Vororte Berlins umfaßte, zusammen mit Konrad Haenisch und Adolf Hofner in das preußische Dreiklassenparlament. Als Mitglied der sozialistischen Sehn-Mann-Fraktion kämpfte Braun wacker gegen den Uebermut der Junkermehrheit, zumal auf seinem Spezialgebiet, der Agrarfrage, die ihm immer wieder Gelegenheit bot, für die Interessen des verelendeten Landproletariats einzutreten.

Man darf von ihm sagen, daß er als Minister seine Reden, die er als Abgeordneter hielt, nicht vergessen hat. Als die Revolution Otto Braun auf den Posten eines preußischen Landwirtschaftsministers stellte, hat er den Landarbeitern das volle Koalitionsrecht, die volle soziale Versicherung und die Tarifverträge gegeben, hat er die Landarbeiterfiedlung und den Bau von Landarbeiterwohnungen in Angriff genommen.

Kein preußischer Minister ist dem Junkertum und der Reaktion so verhaßt gewesen wie der Landwirtschaftsminister Braun. Zur Siedehitze stieg ihre Wut, als er im Jahre 1919 die streikenden Landarbeiter verteidigte und die Schuld des Junkertums feststellte, das durch seine halsstarrige Ablehnung der Tarifverträge und aller Schlichtungsversuche diese Streiks heraufbeschworen hatte. Ebenso stürmte im Landtag der Haß des Ostelbierturns gegen Otto Braun an, als er im Winter 1919/20 durch Rotterordnung der systematischen Aussperrung der organisierten Landarbeiter durch die Junker ein Ende bereitete.

Kein Wunder, daß Otto Braun an die Spitze des Staatsministeriums berufen wurde, als nach dem Rapp-Putsch ein Mann mit fester Hand und starken Nerven erforderlich wurde, um die sich aufbäumende Reaktion niederzukämpfen. Otto Brauns Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten zusammen mit der Ernennung Carl Severings zum preußischen Innenminister bedeutet die eigentliche Geburtsstunde des „republikanischen Preußens“. Abgesehen von der sechsmonatigen Unterbrechung durch die Stegerwald-Episode hat Otto Braun das Steuer des preußischen Staatsschiffs bis heute in der Hand behalten. Er hat alle Versuche der vereinigten Reaktion von Hugenberg bis Thälmann, ihm dieses Steuer zu entwenden, mit kaltem Blut und überlegener Staatskunst niedergekämpft. Weder die fünfmalige Ministerstürzei des ersten Quartalsjahres 1925, noch die alljährlichen Mißtrauensanträge der vereinigten Opposition von rechts und links, noch der schwarzweiße Sowjetvolksentscheid von 1931 haben Braun aus dem Sattel zu heben vermocht.

Werden!

Über die zwölf Jahre Ministerpräsidentschaft Braun bedeuten keineswegs ein Sichanklammern an Ministerfessel, sondern sie bedeuten eine wirkliche Führung, eine staatsmännische Leitung. Otto Braun ist es gelungen, im Gegensatz zu den ständigen Regierungswirren des Reiches, das republikanische Preußen als festes und stabiles Element in die deutsche Politik einzufügen, an dem so und so oft auch die Reichspolitik ihren Halt gesucht und gefunden hat. Ohne Braun und das republikanische Preußen hätte Stresemann keine Verständigungspolitik machen können, ohne Braun und das republikanische Preußen wäre im Jahre 1923 bereits der Hitler-Putsch geglückt, ohne Braun und das republikanische Preußen wäre es mindestens zweifelhaft, ob nicht heute schon der Faschismus in der Reichsregierung säße.

Otto Brauns Wirken ist aus der deutschen Geschichte nicht mehr fortzudenken. In ihm verkörpert sich heute das Zentrum der republikanischen Front, die heute noch eine Abwehrfront ist, aber morgen wieder eine Angriffsfront sein wird. Was er uns lehren kann, das hat er uns in zahlreichen Reden gesagt, die im Gegensatz zum Phrasenschwall eines Hitler so ganz und gar des rauschenden Pathos entbehren und ganz auf kalte Sachlichkeit eingestellt sind. In fast jeder seiner Reden betont Braun den Grundgedanken, daß es in der Politik nicht darauf ankommt, sich Wunschträume auszumalen, sondern daß es gilt, klar die Tatsachen zu erkennen und nach ihnen sein Handeln einzurichten.

Daß Otto Braun seiner eigenen Lehre in der Praxis stets gefolgt ist, bildet das Geheimnis seines Erfolges. Seine klare Energie hat sich durchgesetzt, wenn andere die Nerven verloren. Er hat niemals sich oder andere an Phrasen berauscht, er hat sich auch nie geschämt, das Bittere und Unpopuläre zu tun, wenn es nötig war. Aber gerade das hat ihn populär gemacht. Denn es besteht — trotz allem — im Volk eine feine Bitterung dafür, ob einer eine Wetterfahne ist, die sich mit dem Winde der Volksgunst dreht, oder der Mann, auf den man sich verlassen kann.

Hart wie seine Energie ist auch der äußere Lebensgang Otto Brauns gewesen. Mit schwerer Hand hat das Schicksal in sein Familienglück eingegriffen: es hat ihm den einzigen Sohn genommen, es hat über seine treue Lebensgefährtin jahrelange Krankheit gebracht. Heute aber, an seinem 60. Geburtstag, umgibt Otto Braun die dankbare Liebe von Millionen von Republikanern, die mit Vertrauen und Ehrerbietung zu ihm aufblicken als dem Mann, der durch ein Jahrzehnt die Republik von allen Anschlägen der Reaktion geschützt hat und der sie auch weiter schützen wird. Daß wir ihm hierbei mit Ausbietung aller Kräfte zur Seite stehen, als Eiserne Front um unseren Führer geschart, das sei unser Gelöbnis, das sei unsere Gabe zu Otto Brauns 60. Geburtstag.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

72.8

Otto Braun.

Zum 60. Geburtstag.

KK Berlin, 27. Januar.

Gäbe es keine Parteien und bedeutete der Parteikampf in Deutschland nicht eine dauernde Selbstverstümmelung der Nation, so wäre es wahrscheinlich nicht schwer, über eine Persönlichkeit wie Otto Braun ein ziemlich einstimmiges Urteil zu erhalten. Daß er ohne persönlichen Makel und hoch erhaben über dem Verdacht politischer Korruption vor uns steht, unterscheidet ihn von manchem anderen, aber glücklicherweise ist eine anständige Gesinnung in der deutschen Politik doch nicht so selten, daß dies allein genügen würde, um einen Mann zu rühmen. Was Otto Braun vor anderen auszeichnet, ist seine staatsmännische Begabung — eine Eigenschaft, die er mit nur wenigen teilt.

Herr Braun ist eine der paar großen Figuren von bleibendem Wert, die in der Nachkriegsepoche die deutsche Zukunft vorzubereiten versucht haben. Gehörte er nicht einer Partei an, die — nicht ohne Mitschuld — zur Zielscheibe des Großen großer Volksteile geworden ist, wäre er nicht der machtvolle Führer des „schwarzen“ Preußen, dessen Eroberung die tägliche Sehnsucht der Massenarmee seiner Gegner ist, so bedürfte es doch wohl eines ungewöhnlichen Maßes von Einfichtslosigkeit, um nicht zu erkennen, daß hier ein ganzer Mann, ein Staatsmann vor uns steht.

*

Otto Braun kann unbesorgt sein: es hat Größere vor ihm gegeben, denen die gleiche Erfahrung nicht erspart blieb. Sein staatsmännisches Werk hat überdies nicht den Vorteil, besonders augenfällig zu sein. Wahrscheinlich haben die meisten von uns eine stark übertriebene Vorstellung von dem, was ein Staatsmann leisten muß, um diesen Namen zu verdienen. Herr Braun hat bisher kein Reich gegründet — wenigstens er bei der Gestaltung des Weimarer Staates nicht unbeteiligt war —, Herr Braun hat keinen Krieg gewonnen; er hat auch keinen Plan bereit, mit dem sich das Elend des Staates und der Wirtschaft mit einem Schlag beheben ließe. Man hat nicht einmal gehört, daß er ein Rezept habe für die Reichsreform. Seine Verdienste lassen sich nicht in einem geläufigen Schlagwort ausdrücken. Er hat auch nie gesagt, was er täte, wenn er handeln könnte wie er wollte. Herr Braun ist kein Schaumflieger, kein Blender, aber auch kein Draufgänger. Er spricht nicht von den Dingen, die er nicht tun kann, — seine Auf-

merksamkeit scheint vielmehr der sorgfältigen Ergründung des Möglichen gewidmet zu sein. Augenblicklich ist die Beschäftigung mit dem Studium des Möglichen in Deutschland nicht in hohem Kurs. Die meisten sind nicht einmal geneigt — außenpolitisch wie innenpolitisch — die Faktoren zu ergründen, die unsere politische Möglichkeit einschränken. Es genügt ihnen zu „wollen“. Daß dort, wo der Wille ist, freilich sehr oft kein Weg zu finden ist, haben Männer wie Braun oder Brüning duzenbfältig zu erfahren Gelegenheit gehabt — während ein großer Teil der Zuschauer sich mit heroischen Phrasen betäubte.

Es gibt Leute, die sogar Herrn Hugenberg für einen Staatsmann halten, — sicher Herrn Hitler. Von einem Politiker, der noch nicht die Gelegenheit gehabt hat, sich den Kopf an den Mauern einzurennen, deren Existenz er leugnet, die aber für uns andere fühlbar vorhanden sind, — von einem Politiker solcher Art kann nur ein Optimist behaupten, daß er ein Staatsmann sei. Wer dagegen die Grenzen des Möglichen abgetastet hat, wer zu seinem Schrecken die unerhörte Enge des politischen Raums kennengelernt hat, in dem wir uns bewegen müssen, und wer trotzdem Jahr für Jahr in zäher Arbeit unverzagt sich behauptet, wer es dabei über sich bringt, Vorurteile, Illusionen, Parteiwünsche oder was es sonst sei zu überwinden und den einzigen Weg zu gehen, dessen Richtung ihm als nationale Resultante unausweichlicher Komponenten vorgezeichnet ist, — wer seinem eigenen Ich und seinen eigenen Anhängern wie seinen Gegnern diese entnervende Schlacht liefert und wer sie gewinnt, der ist ein Staatsmann. Kein Führer vermag sich rücksichtslos über die Grundströmung seiner Partei hinwegzusetzen — auch Herr Hitler ist der Gefangene seiner SA-Mannen —, aber er muß den Mut und die Ueberzeugungskraft haben, um in entscheidenden Stunden den Parteistrom nach der rechten Richtung zu lenken. Otto Braun war seiner Partei nicht selten unbehaglich, manchen seiner Freunde vielleicht sogar zuweilen unverständlich, aber die große Linie seiner Politik ist inzwischen auch seinen Kritikern klar geworden. Die Tolerierungspolitik der S. P. D. gegenüber Brüning und seinen Notverordnungen, diese Tolerierungspolitik, die zu einer Schicksalsfrage nicht nur für die Sozialdemokratische Partei, sondern für die deutsche Politik schlechthin geworden ist, wäre

wenden.

undurchführbar gewesen, wenn der preussische Ministerpräsident, das energische Haupt eines kraftvoll regierten Staates, nicht einer ihrer mächtigsten Stützen gewesen wäre. Ihre Gegner bezeichnen die Tolerierungspolitik als eine charakterlose, undemokratische Spekulation. In Wahrheit ist sie der denkwürdige Versuch einer Partei, sich über die eigene gefühlsmäßige und doktrinaire Parteimeinung hinauszuhoben, um einer nationalen Aufgabe zu dienen. Das ist eine Tatsache, die für die politische Zukunft von großer Bedeutung werden kann.

Es war ein weiter Weg vom Sozialistengesetz der Vorkriegszeit bis zu diesem Entwicklungspunkt. Otto Braun ist gewiß nicht der einzige, der diesen Weg gegangen ist, aber er bietet eines der hervorragendsten Beispiele. Der alte Staat, der den Sozialismus auch dann auszurotten trachtete, wenn seine Anhänger Forderungen aufstellten, die im Vergleich zu dem Vorheimer Programm wie ein gelindes Kinderpiel anmuten, hat auch an den jungen Braun seine harte Hand gelegt. Man warf ihm aus grundlosem Verdacht ins Gefängnis und verweigerte ihm jede Hilfe, als er dort einer Blinddarmentzündung zu erliegen drohte. Besondere Sanftmut kann man von Leuten, die man mißhandelt hat, nicht erwarten, aber als rachsüchtig hat sich auch dieser Sozialdemokrat, als er zur Macht kam, fürwahr nicht erwiesen! Keine siegreiche Partei kann vermeiden, nach mühsam gewonnenem Kampf eine möglichst große Zahl politisch wichtiger Kiemer zu bezeugen; wenn man aber das, was in Preußen in dieser Beziehung bisher geheißen ist, mit dem vergleicht, was Herr Hitler für den Fall seines Sieges beabsichtigt, so wird man Otto Braun einen sehr bescheidenen Sieger nennen dürfen.

Er gehört auch nicht zu denen, die durch die bitteren Erfahrungen ihrer proletarischen Jugend — seine Eltern waren armseelige ostpreussische Landarbeiter, er selbst wuchs in Königsberg auf — zu unversöhnlichen Klassenkämpfen gemacht wurden. Bevor er zum höchsten Amt in Preußen berufen wurde, widmete er die Arbeit seines Lebens nicht der Niederwerfung irgendeiner Oberschicht, sondern lediglich der Stärkung der Klasse, aus der er selbst hervorgegangen war und deren Glend und Ohnmacht er aus eigener Anschauung kannte: den Landarbeitern. Er schaffte ihnen die Koalitionsfreiheit und damit menschenwürdige Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Er sorgte für ihre Bildung und Erziehung. Aber er blieb nicht bei ihnen hängen: während der vier Jahre seiner Tätigkeit als preussischer Landwirtschaftsminister bewies er, daß sein Herz nicht bloß an den Arbeitern hing, sondern daß er darauf bedacht war, der Landwirtschaft schlechthin neue Wege und Möglichkeiten zu eröffnen.

Ein Großagrarier freilich war er nie. Wohl aber ein deutscher Bauer, der in seinem kleinen Garten in Zehlendorf den Mist höchstpersönlich auf die Beete fährt, — ein Mensch ohne gezeigte Konvention in Sprache und Umgang, ein schweiger, kräftiger Mann mit einem mächtigen Kopf, der sich am wohlsten fühlt, wenn er im märkischen Forst mit der Büchse hinter den Hirschen her ist. Kein Genießer, kein Geschäftemacher, auch nicht in der Politik, und ganz gewiß kein Demagoge, sondern einfach ein gesunder Mensch, der uns allen, von Rechts bis Links ein willkommener Lebenskamerad wäre, — wenn es eben keinen Parteistreit gäbe, oder wenn wir allmählich lernten, daß ein guter und anständiger politischer Gegner ein Geschenk des Himmels ist.

In anderen Ländern wäre Otto Braun längst eine populäre Figur geworden — umkämpft, aber von der öffentlichen Meinung gepflegt. Hierzulande macht es Schwierigkeit, überhaupt nur ein paar Details aus seinem Leben zu erfahren. Er selbst spricht nicht davon. Er liebt es überhaupt nicht, sich im Rampenlicht zu zeigen. Gelegentlich, aber nur selten, hält er eine Rede bei einer politischen Kundgebung; zuweilen eine amtliche öffentliche Ansprache, flug durchdacht, aber ganz unpräzise. Hin und wieder hört man von einem politischen Refortire; dann ist er knorrig. Er versteht zuzuhören. Mitunter führen selbst berechnete Lüge zu Verlegenheiten; man hat das

beim Stahlhelmstreit erlebt, aber in der Regel bleibt Otto Braun ein Meister in der Berechnung der Möglichkeiten.

Ueber das öffentliche Wirken Otto Brauns unterrichtet zu gelegener Zeit ein unlängst erschienenenes Bändchen, das ein anonymen Autor „Hans Steffen“ als erste einer Reihe von Politischen Biographien erscheinen ließ. Der Autor, den man nicht fern vom Braunschweiger Amtssitz zu vermuten hat, schildert mit rühmndem Takt und gutem Stil, — beides des behandelten Gegenstandes würdig, — die Hauptkapitel des politischen Wirkens Otto Brauns. Könnten sich nicht die Leute, die über den „roten“ preussischen Ministerpräsidenten, über sein Parteibuch und seinen Marxismus mit ihrem öden Geplapper herziehen, die kleine Mühe machen, sich die Liste der Braunschweiger Regierungstaten zu betrachten? Die Stärkung der Landarbeiter (durch das Koalitionsrecht) mag in den Augen mancher Leute ein Verbrechen gewesen sein und bleiben, — aber ist für sie auch seine Siedlungsarbeit, ist die Hebung der landwirtschaftlichen Produktionsweise ein Verbrechen? Gerade aus den Kreisen seiner Gegner kann wohl keiner dem Ministerpräsidenten ernsthaft übelnehmen, daß er den Grundsatz aufstellte, das deutsche Volk solle seinen Nahrungsmittelbedarf, soweit das irgend geht, im Lande selbst erzeugen! War es überdies ein Verbrechen, Hochmoore kultivieren zu lassen, den Waldbestand zu vermehren, die landwirtschaftlichen Schulen zu fördern? Zollschutz wollte er freilich nicht zulassen, solange die Landwirtschaft sich nicht durch Betriebsverbesserung selbst helfe.

Hier beginnt natürlich bereits die lange Liste der Untaten, die ihm seine Gegner nicht verzeihen. Aber er macht es ihnen schwer, denn man muß seine Politik schon sehr grob entstellen, um ihm den nationalen Sinn abzusprechen, auf den er mit bestem Recht stolz ist. Dieser Mann, der aus dem Saal ging, weil er es nicht über sich brachte, für die Unterzeichnung des Versailler Friedens zu stimmen, der seinen eigenen Sohn im Krieg verlor, der alles tat, was in seiner Macht stand, um das Rheinland in seinem Kampfe gegen Frankreich und den Separatismus zu stärken, der die französische These von der Allensschuld Deutschlands in einer Landtagsrede mit aller Schärfe bekämpfte, dieser Mann, der sich mit Stolz einen Preußen nennt, — er ist fürwahr nicht leicht zu verdächtigen und zu unterminieren, aber an Versuchen hat es nicht gefehlt. Wie talentiert können wir Deutsche sein, wenn wir einander schaden wollen!

Natürlich, bei Braun, im neuen Preußen mußte man den Hebel ansehen, wenn man das Reich erobern wollte. Hier ist das Bollwerk. Ein Bollwerk inmitten der deutschen Stürme, das scheint die historische Aufgabe zu sein, die sich Otto Braun selbst erwählt hat. Von dieser Seite her erklärt sich auch seine Vorsicht gegenüber der Reichsreform, deren Notwendigkeit ihm ebenso klar sein dürfte wie uns allen. So erklärt sich auch seine Zurückhaltung gegenüber den Verlockungen, in die Reichsregierung überzugehen. Mehr als einmal war diese Möglichkeit in unmittelbarer Nähe gerückt: vor allem im September 1930 und im Juli 1931. Da auch der Reichskanzler Vorsicht über alles liebt, und da über die interessantesten Dinge bedauerlicherweise stets ein Schleier gezogen ist, läßt sich die Gradstärke des Angebotes und der Bereitschaft zur Annahme nur schwer exakt bestimmen. In beiden Fällen war die Kombination Brüning-Braun der Verwirklichung sehr nahe. Mindestens im zweiten Fall war Herr Braun nicht abgeneigt, in die Bresche zu springen.

Wenn früher oder später neue Aufgaben an ihn herantraten, so wird er seinen Mann zu stellen wissen. Als Sechziger braucht man heutzutage nicht alt zu sein, wenn man nicht will. Aber reine Parteaufgaben dürfen es nicht sein. Diesem Stadium ist Herr Braun entwichen, — Herr Braun nicht anders als Deutschland.

*) „Otto Braun“ von Hans Steffen, Historisch-politischer Verlag, Berlin

Braun, Otto

Signatur

28. Jan. 1932
Datum

02406 0019 BEC

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 28

Otto Braun 60 Jahre.

Fast zwölf Jahre preussischer Ministerpräsident, während im gleichen Zeitraum im Reiche mehr als ein Duzend Ministerien sich ablösten, das würde Otto Braun schon dann erhebliche Be-



achtung sichern, wenn sein Wirken nicht aufs engste verknüpft wäre mit dem Umbau des preussischen Staates seit 1918. Die eigentümliche Lage, die Preußen infolge seines historisch-politischen Werdeganges bis zum Weltkrieg aufwies, mußte diesen Umbau der nachrevolutionären Zeit besonders tiefgreifend gestalten.

Zuerst hat Otto Braun, der im Vorkriegsdeutschland nur in der Organisation seiner Partei und erst seit 1913 auch im Preussischen Abgeordnetenhaus hervorgetreten ist, als preussischer Landwirtschaftsminister die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Er hat den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben und ist in einer Weise für die Entwicklung der Siedlung und der Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft eingetreten, bei der freilich das Gesamtstaatsinteresse und das der Braun befehrenden Großgrundbesitzer nicht immer übereinstimmte. Das Wirken Brauns als Ministerpräsident ist nicht nur durch die Tatsache bezeichnet, daß die preussische Entwicklung eine größere Stetigkeit und Ruhe aufweist als die der meisten andern Länder. Es sind auch sehr wichtige konkrete Ereignisse unter seinem Antrieb oder seiner entscheidenden Mitwirkung zu verzeichnen. Wir erinnern an die gemeinsame Arbeit mit Stresemann um die Befreiung der Rheinlande, an den Abschluß der hochbedeutsamen Kirchenverträge, an die Haltung, die Braun in den Fragen der Reichsreform eingenommen hat und von der gerade auch Hamburg bei der Lösung der Groß-Hamburg-Frage einen Eindruck gewinnen konnte. Nicht nur in diesem Zusammenhang hat man Braun oft als spezifischen Preußen gekennzeichnet. Jedenfalls hat er den Beweis geliefert, daß er nicht nur fest in seiner ostpreussischen Heimat wurzelt, der er viele Wesenszüge seines Charakters verdankt, sondern daß ihm auch ein Begriff aufgegangen ist von den besonderen Kräften des preussischen Staates und seiner historischen Mission.

Otto Braun gehört zu den markantesten, aber auch schon darum zu den umstrittensten politischen Persönlichkeiten unserer Tage. Seine Intelligenz, eine angesichts seines Werdeganges erstaunliche Sachkenntnis, seine Festigkeit und Tatkraft finden auch außerhalb der Reihen seiner Partei Anerkennung. Auch in Kreisen, die grundsätzlich geneigt sind, seine Bedeutung und Leistung anzuerkennen, kann ihm freilich der Vorwurf nicht erspart werden, daß er die egoistische Personalpolitik, die die Sozialdemokratische Partei in Preußen getrieben hat, und zahlreiche Fehlgriffe, namentlich von untergeordneten Organen der Staatsverwaltung geduldet hat.

Wenn der 60. Geburtstag, den Otto Braun heute begeht, Veranlassung ist, sich mit ihm zu beschäftigen, geschieht es nicht ohne Erinnerung daran, daß die bevorstehenden Landtagswahlen für Braun und sein Kabinett die schwerste Belastungsprobe bringen werden. Wie aber auch ihr Ausgang sein möge, aus der Entwicklung Preußens ist Brauns Ministerpräsidentenschaft nicht fortzudenken.

H-nn.

*

Der Hamburger Senat hat dem preussischen Ministerpräsidenten Braun zum 60. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm gesandt.

TP
Signatur Braun

02406 0021 BEC

Datum 22. Jan. 1933
Feb.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 143

Gegen nationalsozialistische Anwürfe.

Erklärungen des Reichskommissars von Papen und des Staatssekretärs Nobis.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung.“)

✠ Berlin, 21. Febr. Die Nationalsozialistische Partei bestreitet ihre Wahlpropaganda zu einem erheblichen Teil mit der propagandistischen Auswertung jener angeblichen Verfehlungen, die sie im Zusammenhang mit dem Statut „Bekämpfung des Verbrechertums“ der Regierung Otto Braun glaubt zur Last legen zu können. Schon seit Tagen sind in einer Reihe von Städten im ganzen Reich nationalsozialistische Wahlplakate angeschlagen, die den sogenannten 2-Millionen-Fonds zum Inhalt haben. Der Anschlag eines solchen Plakats in Königsberg unter der Überschrift „2 Millionen gestohlen“ hat, wie berichtet, auf Antrag des Ministerpräsidenten Braun und des Ministers Severing zum Erlass einer „einstweiligen Verfügung“ geführt, durch die es verboten wird, bei einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten die Behauptung zu verbreiten, daß Braun und Severing 2 Millionen aus dem Staatsfiskus gestohlen und Gelder des Volkes veruntreut hätten, daß sie Landesverräter und rote Parasiten seien. Auch der „Angriff“ hat in der vorigen Woche in großer Aufmachung eine Meldung der „Nationalsozialistischen Parteikorespondenz“: „Neue und sensationelle Enthüllungen über den Millionen-Diebstahl der roten Preußen-Regierung“ gebracht. Es war davon die Rede, daß die Verwendung einer Summe von rund 800 000 Mark aus dem fruchtigen Fonds noch völlig ungeklärt und der Verdacht nicht von der Hand zu weisen sei, „daß hier dieser unglaubliche Diebstahl am deutschen Steueraufkommen für die Wahlpartei zwecks für die Novemberparteien auch noch zur persönlichen Bereicherung irgendwelcher Personen gedient“ habe. Die Regierung Otto Braun versucht sich, wie erwähnt, mit Hilfe von einstweiligen Verfügungen gegen solche Methoden des Wahlkampfes zur Wehr zu setzen. Ministerpräsident Braun hat auch dem „Völkischen Beobachter“ auf Grund des § 11 des Reichspressgesetzes eine Verächtung überhandt, deren Inhalt wir mitgeteilt haben. Die preußische Staatsregierung, die es lediglich aus staatspolitischen Überlegungen scheint vermeiden zu wollen, auf unwahre, in zum Teil maßloser Form erhobene Angriffe durch die Bekanntgabe von Einzelheiten zu antworten, ist nun aber noch einen Schritt weitergegangen. Auf ihren Wunsch hat eine Unterredung des Reichskommissars für das Land Preußen, Vizetanzler von Papen, mit dem Ministerialdirektor Dr. Brecht als Vertreter der Staatsregierung stattgefunden. Diese Aussprache hat nunmehr zur Veröffentlichung einer

Erklärung der Regierung Braun

geführt, deren besondere Bedeutung noch dadurch unterstrichen wird, daß sich, wie verlautet mit ihrer Formulierung nicht nur Vizetanzler von Papen, sondern auch Reichskanzler Hitler einverstanden erklärt hat.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Am Samstag Abend, den 18. Februar, begab sich Ministerialdirektor Dr. Brecht zum Reichskommissar v. Papen und trug ihm im Auftrage der preußischen Staatsminister Beispiele der maßlosen Angriffe vor, die in der Wahlpropaganda gegen sie wegen angeblicher mißbräuchlicher Verwendung von Staatsmitteln erhoben wurden, und die bis zum Vorwurfe des Diebstahls und der persönlichen Bereicherung gingen. Er machte dem Reichskommissar Mitteilung von der Darstellung der preußischen Staatsminister über die näheren Zusammenhänge und die Verwendung der Mittel sowie über die staatspolitischen Gründe, die bisher die Staatsminister veranlaßt hätten, Einzelheiten nicht öffentlich bekannt zu geben. Er ersuchte um Schutz der Minister gegen die öffentliche Verhöhnung.“

Vizetanzler von Papen wiederholte seine am 30. Oktober 1932 dem Ministerpräsidenten gegenüber abgegebene Erklärung,

„daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des preußischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt habe“

und daß er den in der Öffentlichkeit beschrittenen Weg persönlicher Ehrenkränkung bedauere. Er nahm von den weiteren Mitteilungen Kenntnis und verwies im übrigen darauf, daß die Kommissare des Reiches zur Klärung der Angelegenheit das Gutachten der Oberrechnungskammer eingefordert hätten, vor dessen Eingang er im übrigen in der Sache nicht Stellung nehmen und in die Wahlpropaganda nicht eingreifen könne.

Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte, daß die Staatsminister mit der Einforderung des Gutachtens der Oberrechnungskammer durchaus einverstanden seien, aber dagegen Verwahrung einlegten, daß in der Wahlpropaganda das Ergebnis dieses Gutachtens zu ihren Ungunsten vorweggenommen werde.“

Im Anschluß an die vorerwähnte Besprechung hat Staatssekretär Dr. Nobis folgendes Schreiben an Ministerialdirektor Dr. Brecht gerichtet: „Ihrem Wunsche entsprechend bestätige ich, daß nach meiner Ueberzeugung irgendein Vorwurf gegen die persönliche Integrität der an dem Beschlusse vom 6. April vorigen Jahres beteiligten Minister völlig ausscheidet. Etwas derartiges kann auch nicht aus der Aufzeichnung vom 30. Juli entnommen werden. Ich bestätige Ihnen ferner, daß die Niederschrift über die fragliche Sitzung Anfang September zu den Akten des Staatsministeriums gelangt ist. Ich stelle Ihnen anheim, von diesem Briefe den Gebrauch zu machen, den Sie für richtig halten.“

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 168

**Der Streit
um die „gestohlenen zwei Millionen“.**

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

✚ Berlin, 2. März. Die 19. Zivilkammer des Landgerichts I beschäftigte sich am Donnerstag in mehrstündiger Verhandlung mit dem von Ministerpräsident Braun und Innenminister Sebering gestellten Antrag gegen den „Angriff“-Verlag und deren Herausgeber Dr. Goebbels, den Chefredakteur Kampmann und den Redakteur Dürr auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, die sich gegen die Behauptung von den „gestohlenen zwei Millionen“ richtet. Der Anwalt der Kläger äußerte sich dann zu dem „Nobis-Protokoll“ und bemerkte dazu, daß Staatssekretär Nobis nur der Beschluß der Staatsregierung bekannt gewesen sei, den Fonds für die Verbrecherbekämpfung zu überschreiten, nicht aber die vorher erfolgte Ueberweisung des Reiches an Preußen.

Zur prozessualen Seite erklärte er, daß die Ehre der Antragsteller, denen man Diebstahl, Betrug und Korruption vorgeworfen habe, geschützt werden müsse. Das Gericht gab zu erkennen, daß es für seine Entscheidung vielleicht auf einzelne Tatsachen ankommen könne, worauf der Rechtsanwalt auf die schwierige Lage der Antragsteller hinwies, da sie über den Verwendungszweck nichts sagen dürften. Er ließ aber durchblicken, daß die Ueberweisung des Reichs an Preußen mit der zweiten Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 in Zusammenhang stehe. Denn er meinte, daß das Geld zum Schutze einer bestimmten Person gezahlt worden sei.

Die Entscheidung des Gerichts lautete: Den Antragsgegnern wird bei Meldung einer vom Gericht jeweils festzusetzenden Geldstrafe für jeden Einzelfall unterlagt: Dessenfalls den Vorwurf oder Verdacht persönlicher Bereicherung der Antragsteller aus Staatsgeldern zu verbreiten. Die Kosten fallen den Antragstellern (Braun-Sebering) zu neun Zehnteln, den Antragsgegnern („Angriff“ usw.) zu einem Zehntel zur Last.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß der Artikel des „Angriff“ in einem Absatz den Vorwurf oder den Verdacht einer persönlichen Bereicherung Braun-Seberings enthalte. In dieser Beziehung sei der einstweiligen Verfügung stattgegeben worden. Im übrigen habe sich das Gericht von folgenden Gründen leiten lassen: Die Antragsteller hätten erklärt und glaubhaft gemacht, daß gewisse, vom Reich der preussischen Regierung zur Verfügung gestellte Gelder zu einem besonderen, von der Reichsregierung angegebenen Zwecke verwandt worden seien.

Das schließt jedoch nicht aus, daß diese Gelder zu Wahlzwecken der Parteien der früheren Koalition verwandt worden seien. Die in diesem Sinne aufgestellte Behauptung der Antragsgegner sei zum mindesten nicht widerlegt worden. Auf ausdrückliches Befragen hätten die Antragsteller nähere Darlegungen und Glaubhaftmachung der Verwendung der Gelder im einzelnen abgelehnt. Die Nichtstichhaltigkeit der gegen die Antragsteller erhobenen Vorwürfe sei nur insofern glaubhaft gemacht worden, als sie sich auf die persönliche Integrität der Antragsteller beziehe.

*P Braun
Otto*

14 Juni 1949

Datum

Interpress (Hamburg)
№ 113

Braun, Otto

deutscher Staatsmann

Politischer
Ergänzungsdienst

113/1949

(Interpress) - Geb. 28. Januar 1872 in Königsberg/Ostpreussen, als Sohn eines Bahnangestellten. Besuchte die Volksschule. 1886/90 Schriftsetzer- und Steindruckerlehre. Trat noch während der Lehrzeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. Gründete 1893 nach der Reichstagswahl die "Königsberger Volkszeitung" als Parteiorgan, war dort zunächst Verleger, Geschäftsführer, Redakteur, Setzer und Maschinenmeister in einer Person. Übernahm 1900 die Leitung der Königsberger Allgemeinen Ortskrankenkasse. Gründete eine neue Zeitschrift, den "Landboten". 1903-13 Stadtverordneter in Königsberg (SPD). War 1904 Hauptangeklagter in einem auf Antrag der russischen Regierung vor dem Landgericht Königsberg geführten Prozess wegen Geheimbündelei, Hochverrates gegen Russland und Zarenbeleidigung. Wurde 1913 Mitglied des Preussischen Landtags (SPD). 1919 Mitglied der Deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung (SPD). 1920-33 Mitglied des Reichstags (SPD). 1918-1920 Landwirtschaftsminister im preussischen Kabinett Hirsch. 26. März 1920-1933 mit kurzen Unterbrechungen preussischer Ministerpräsident. Emigrierte März 1933 nach der Schweiz. Lebt dort in Ascona. Nahm September 1948 am Parteitag der SPD in Düsseldorf teil. Besuchte im Mai-Juni 1949 Westdeutschland.- Anschrift: Ascona, Schweiz.

13. 6. 1949

....

(:)